



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Hakenkreuzbanner. 1931-1945 1 (1931)

60 (10.10.1931)

[urn:nbn:de:bsz:mh40-253377](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-253377)

Stimmenfreud Banner



Herausgeber: Karl Lenz, M. d. R.

Die N.S. Zeitung Nordwestbadens

Zielsetzung bei Lieferung ...

Militärdiktatur in Deutschland?

Der Rücktritt des Gesamtkabinetts — Die Erfüllungsparteien drohen mit einem Staatsstreich — Vor dem Losschlagen der Kommunisten — Rebellion im Zentrum? — Der Zerfall der SPD. geht weiter

Die innerpolitischen Ereignisse in Deutschland überstürzen sich. Das Gesamtkabinetts Brünning ist zurückgetreten. Der Kanzler versucht krampfhaft ein neues Kabinetts zu bilden. Mehr und mehr wanken die letzten Stützen dieses Systems und wie ein Ertrinkender in den Fluten nach dem Balken greift, so sucht Reichskanzler Brünning nach einem Rettungsanker. Die Sozialdemokratie gespalten, die Deutsche Volkspartei im Schwanken, die Stärkung der Nationalen Opposition, um die sich zunehmend mehr sammelt, was von der Erkenntnis getragen ist, daß nur die völlige Umstülpung dieses Systems der Notverordnungen und dieses Systems überhaupt noch retten kann. All das sind Zeichen des Zerfalls, dem dieses Kabinetts nicht mehr entgegen konnte. Immer stärker wurde in diesen Tagen der Druck, nicht mehr allein von rechts, sondern auch von der Mitte und von links auf den Reichskanzler. Zunächst hat Brünning versucht, sich von diesem Druck zu befreien und immer wieder den Kopf aus der Schlinge zu ziehen. So eilte er am Dienstagabend mitten aus der Kabinettsstimmung heraus zum Reichspräsidenten, um ihm klar zu machen, daß die Situation nur noch durch eine

Umbildung der Reichsregierung gemindert werden kann. Dr. Curtius ist „freiwillig“ zurückgetreten, das Reichsinnen- und Verkehrsministerium sollte neu besetzt werden, desgleichen sollte ein „Kaufmanns- und Justizminister“ nun endlich ernannt werden. Personen der Mitte sollten auf diese Weise an den Kur. Brünning erneut gefesselt werden, wodurch man ihren Abzug zur nationalen Opposition verhindern wollte. Mit diesem solchen Kabinetts, das den Mittelparteien genehmer sein sollte, glaubt nun der Kanzler regieren zu können und die nationale Opposition und ihren Widerstand zu schwächen bzw. die Nationale Opposition milder zu stimmen. Uns Na-

tionalsocialisten ist es ganz gleichgültig, welche Personen diesem Kabinetts angehören, ob sie Curtius, Stegerwald und Guérard oder Müller, Schulze und Lehmann heißen; unser Kampf gilt nicht den einzelnen Namen, sondern dem System und der Politik, die von Brünning verkörpert wird.

In diesem Falle dürfte der sonst so kluge und kalt abwägende Reichskanzler falsch spekulieren.

Die Ereignisse haben sich bald stärker erwiesen als alle Erwägungen. Ueber Nacht ist beschlossen worden, am Mittwoch dem Reichspräsidenten

das Rücktrittsgesuch Brünnings und damit die Gesamtemission des Kabinetts zu überreichen. Es ist damit das eingetreten, was wir schon seit Tagen gewußt haben. Doch auch diese Tatsache täuscht uns Nationalsozialisten nicht. Es war vorauszu sehen, daß der Reichspräsident denselben Reichskanzler Brünning sofort mit der Wiederbildung des Kabinetts betrauen wird.

Auch die Tage einer solchen Reichsregierung mit fünf neuen Ministern dürfen gezählt sein, denn am Regierungssystem dürfte sich nicht das Geringste ändern. Schon sieht die demokratische und sozialdemokratische Presse mit Grauen die innerpolitische Entwicklung vorwärts schreiten, an deren Ende ein Kabinetts steht und stehen muß, will Deutschland nicht sterben, das, vom nationalen Gedanken getragen, dem internationalen marxistischen Spuk sehr rasch ein verdrängtes Ende bereiten wird.

„Nachdem es den Rechten gelungen ist, den Willen eines großen Teiles der Wähler zu verwirren und eine willensunfähige Volksvertretung zu schaffen, geht sie daran, der Republik selbst an die Wurzel zu greifen. Darum hat die SPD. alles getan, um die Rechte nicht an die Macht kommen zu lassen. Willt jetzt der Kommandant der Festung, der sie verteidigt, selber den Kampf deswegen nicht aufgeben, aber sie wäre dann genötigt, ihn in einer anderen Front und in einer anderen Weise als bisher weiterzuführen.“

Wie hypnotisiert starrten die Regierungsparteien einseh. der SPD. auf die am Sonntag stattfindende

Tagung der Nationalen Opposition, von der sie nun endlich fühlen, daß sie einig und geschlossen, den unbeweglichen Willen zur Macht in sich trägt und jede Kompromißlösung ablehnt.

Mag sich das Kabinetts Brünning bis dahin noch durch die Ausrufung einer Militärdiktatur unter irgendeinem Reichsbanner-General zu retten versuchen, mit dem Belagerungszustand, mit Staatsstreich und Ausnahmegeetzen kann sich eine Regierung nur für ganz kurze Zeit über Wasser halten. Eine solche Militärdiktatur schreckt uns nicht, wir würden auch sie übersehen und gleichzeitig würde der Nationalsozialismus Dreiviertel des deutschen Volkes mit sich reißen und zur Lawine anschwellen.

„Der Schrei der Hüter der Demokratie nach dem Staatsstreich.“

So schreibt die „Frankfurter Zeitung“ unter anderem:

„Wenn heute Dr. Brünning oder auch sonst jemand ein klares, auf ein paar Hauptfragen konzentriertes praktisches Programm vor uns hinstellt, das uns nach aller menschlichen Voraussicht der Lösung unserer wirtschaftlichen-finanziellen Probleme entgegenführen könnte, und wenn der Reichstag wegen der parteipolitischen Verwirrung sich als ein Hindernis bei der Durchführung erwiese, dann allerdings (aber nur dann) würden wir es für die Pflicht der Regierung halten, sich über jedes Hindernis hinwegzusetzen.“

„Auch die Tage einer solchen Reichsregierung mit fünf neuen Ministern dürfen gezählt sein, denn am Regierungssystem dürfte sich nicht das Geringste ändern. Schon sieht die demokratische und sozialdemokratische Presse mit Grauen die innerpolitische Entwicklung vorwärts schreiten, an deren Ende ein Kabinetts steht und stehen muß, will Deutschland nicht sterben, das, vom nationalen Gedanken getragen, dem internationalen marxistischen Spuk sehr rasch ein verdrängtes Ende bereiten wird.“

Diese Brüder und Blutsgenossen von der Demokratie und der Sozialdemokratie versuchen, sich noch im letzten Augenblick gegen diese Entwicklung aufzudrücken. Nunmehr, wo sie ihr Ende vor sich sehen, ertönt

„Auch die liberalen Volkspartei hat, wenn man ihren Angaben Glauben schenken darf, endlich erkannt, worauf es ankommt. In einer Verlautbarung ihres Pressedienstes vom 8. Oktober erklärt sie ungewidert:

„Die Hoffnung und das Ziel der Deutschen Volkspartei, das Kabinetts Brünning von allen parteipolitischen Rücksichten zu lösen und es zu einer zielbewußten überparteilichen Sachwalterin der Lebensinteressen unseres Volkes zu machen, sind als gescheitert zu betrachten. Deshalb hat es noch unserem Vorfürhalten auch keinen Zweck, mit einigen Korrekturen die Wiederherstellung des Kabinetts auf den alten Grundlagen zu versuchen. Das Kapital des Vertrauens, das sich im Land langsam angesammelt hatte, ist rapide verfliegen und nicht wieder zu gewinnen. Wir möchten deshalb, ohne den Parteiinstanzen vorgreifen zu wollen, der Überzeugung Ausdruck geben, daß eine Beteiligung der Deutschen Volkspartei an einer Umbildung dieser Regierung nicht in Frage kommen wird. Die Zeit dafür ist verstrichen und durch Halbheiten nutzlos veran.“

Das ist eine deutliche und aufschlußreiche Sprache, zu der die „D.Z.“ meint:

„Selbst in den überzeugtesten Bezirken der Demokratie ist also die Erkenntnis nachgewonnen, daß die Rettung nach den parlamentarischen Spielregeln kaum mehr zu erwarten ist; das Frankfurter Blatt nimmt sozusagen den Staatsstreich vorweg. Die Einschränkung, die es für notwendig hält, ist mancher Auslegung fähig, und in der Personenfrage wird eine beachtliche Konzession gemacht. Sind das für die Regierung nicht bedenklliche Anzeichen? Ist das anscheinend unaufhaltsam weitere Anwachen der Nationalsozialisten, die jede Neuwahl zu einem Triumph gestalten können, kein Memento, der Tendenzumschwung im Schicksal der deutschnationalen Partei des Geheimrats Hugenberg kein Mahnruf, die stete Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage und die weitere Vermehrung der Arbeitslosigkeit nicht ein wichtiger Grund zur Besinnung? Die Parlamente der Länder werden, eines nach dem andern, zur Mehrheitsbildung unfähig. Da aber irgendwie regiert“ werden muß, so greifen die geschlagenen Parteien, die die Macht bisher inne hatten, zu dem von ihnen grundsätzlich verabscheuten

Und der „Vorwärts“ schließt sich im Ruße nach dem Staatsstreich an und schreibt:

Auch das neue Kabinetts muß niedergewalzt werden.

Das erste Kabinetts Brünning dauerte 1 1/2 Jahre, das zweite möglicherweise keine 1 1/2 Wochen. Der 13. Oktober wird die Klärung bringen.

Die Stellung des Nationalsozialismus zu dieser politischen Entwicklung

mit all ihren Nachenschaften und Absichten steht unerschütterlich fest und ist durch nichts, aber auch durch keine Einwirkung und Beeinflussung irgendwelcher Art ins Wanken zu bringen.

Wir lassen uns auf keine Diskussion mit diesem neuen Kabinetts ein. Es ist das alte System mit zum Teil neuen Männern. Unsere Aufgabe bleibt unveränderbar: Das neue Kabinetts samt seinen Exponenten muß hinweggewalzt werden.

Wir fordern den endgültigen Sturz des Kabinetts Brünning, sowie sofortige Neuwahlen im Reich und in Preußen. Wir sind nicht bereit, so ohne weiteres an die Stelle dieses bisherigen Kabinetts zu treten, sondern erst dann, wenn das Volk durch Neuwahlen zu erkennen gegeben hat, von wem und wie es regiert werden will.

„Unverletzlichkeit der Freiheit der Person, Unverletzlichkeit der Wohnung, Unverletzlichkeit des Briefgeheimnisses,“

In der Weinheimer Festhalle:
Sonntag Abend 8³⁰ Uhr Massenfundgebung. Es sprechen: Dreher, M. d. R. und Ludin, Ltn. a. D.
 Thema: Entweder — Oder. — Militärkonzert der Stadt- und Feuerwehrkapelle. Saalöffnung 7 Uhr. — Eintrittspreis 40 Pfennig.
 Kriegsbeschädigte und Erwerbslose gegen Ausweis die Hälfte.
 ACDAP. Bezirk Weinheim.

das Recht der freien Meinungsäußerung durch Wort, Schrift, Druck oder Bild, das Recht der Versammlung ohne Anmeldung und besondere Erlaubnis, die Bildung von Vereinen oder Gesellschaften, die Gewährleistung des Eigentums durch die Verfassung.

Wie stehen vor sehr ernsten Ereignissen, da die Reichsregierung ihre Diktaturpolitik auf die Spitze treibt.

Die nationale Opposition wird ihr in Harzburg die richtige Antwort geben.

Vor dem Losschlagen der Kommunisten

Wie wir von gut unterrichteter Seite erfahren, hat Moskau Anweisung an die deutschen Kommunisten gegeben, für den Fall des Sturzes des neuen Kabinetts sofort loszuschlagen, um eine nationale Regierung zu verhindern.

Wie wir weiter hören, beabsichtigt die Berliner SPD, am 13. Oktober ihre Organisationen zum Kampfe bereitzustellen und plant auch zur selben Stunde im ganzen Lande entsprechende Aktionen.

Wir geben diese von einem Russen am Sonntag verbreitete Nachricht unter allem Vorbehalt wieder. Was die Reichsregierung tun wird, entzieht sich unserer Kenntnis, wir Nationalsozialisten dagegen werden die Augen aufhalten!

Neuer Wahlsieg

Nat.-Soz. Stimmen vervierfacht

Gersdorf, 7. Okt. Es erhielten bei der am Sonntag stattgefundenen Gemeindevwahl:

Table with 2 columns: Party and Votes. NSDAP: 1658 (402 N.W. 1930), SPD: 1322 (1843), KPD: 1353 (367), Komm. Opp.: 64 (344), Bürgerliche: 792 (1555)

Es gewannen also:

Table with 2 columns: Party and Votes. NSDAP: 1251, KPD: 986

während die SPD. 519 Stimmen, die Komm. Opp. 280 und die Bürgerlichen 763 Stimmen verloren.

Damit haben die Nazis insgesamt 799 Stimmen verloren, also lediglich 187 Stimmen gewinnen können, gegenüber 1251 Stimmen Gewinn der Nationalsozialisten.

Wer schädigt Deutschlands Ansehen in der Welt?

Ein beschämendes Beispiel deutscher Presse-„Berichterstattung“

Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP. schreibt: Das ständig wachsende Interesse des Auslandes für die nationalsozialistische Bewegung findet ihren Niederschlag in einem in der letzten Zeit sich immer mehr verstärkenden Informationsbedürfnis ausländischer Journalisten bei der Reichsleitung der NSDAP. in München.

Die ausländischen Journalisten erklären nämlich in gerader auffälliger Einmütigkeit als den Grund ihrer Reise nach München den für sie journalistisch unhaltbar gewordenen Zustand, daß ihre bisherige Berichterstattung über die „Hitlerbewegung“, die sich bislang in wesentlichen an der deutschen Presse orientierte, mit den Tatsachen, wie sie in der Entwicklung der Bewegung nimmere zum Ausdruck kommen, derartig in Widerspruch geraten sei, daß für sie eine Berichterstattung aus eigener Anschauung absolut notwendig und im Interesse ihrer Leser dringlich geworden sei.

Es erscheint uns angebracht, diesen für die deutsche Presse — von wenigen Ausnahmen abgesehen — beschämenden Zustand, der das deutsche Volk in den Augen des Auslandes herabzuwürdigen geeignet ist, der deutschen Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen. Es muß einmal gesagt werden, daß die dem deutschen Volke wohlgekannte ausländische Presse jedenfalls in dem Willen zu objektiver Berichterstattung über den Nationalsozialismus für die sachliche Beurteilung unserer innerpolitischen Verhältnisse ungleich mehr Anstand aufbringt, als der Großteil unserer eigenen Presse, der sich zwar deutsch nennt, in seiner Handlungsweise aber alles andere ist.

Der frühere Zentrumsabgeordnete v. Pape, Hauptaktionär der „Germania“, hat auf der Generalversammlung eines westfälischen Bauern-Vereins erklärt, Brünings Pläne seien gescheitert. Für Deutschland seien heute nur zwei Wege noch möglich: entweder Anschluß an Rußland und Angleichung an sein Wirtschaftssystem und seinen Kollektivismus, oder Vereinfachung des Kapitalismus, Abkehr vom Kollektivismus, politisch hin orientiert aus wirtschaftlicher Notwendigkeit nach Frankreich.

„Abkehr vom Kollektivismus, Aufhebung der Tarifverträge, neues Versicherungs- und Knappschafts-Wesen, gestellt auf das individuelle Benehmen der Unternehmer.“

Dieser Frage wäre nicht mehr auszuweichen, und die Folge wäre „Schwenkung nach rechts in der Politik“. Die Hamburger Wahlen lehrten, daß die Mittelparteien aufgerieben wären, nur das Zentrum hielt sich noch aus weltanschaulichen Gründen. Und es wäre gut, daß die Zwischenparteien ge-

SPD.-Minister Waentig kehrt seiner Partei den Rücken

Weil sie dauernd die Demokratie verlegt

Der Vorgänger Severings auf dem Posten des preussischen Innenministers, Dr. Waentig, hat dem „Lokalanzeiger“ in einem Schreiben mitgeteilt, daß er aus der SPD. und aus der Sozialdemokratischen Fraktion des Preussischen Landtages ausgeschieden sei.

In der Begründung heißt es u. a.: Dr. Waentig habe sich der Sozialdemokratie in den Tagen des Rapp-Duisches zur Verteidigung des demokratischen Staatsgedankens angeschlossen. Im laufenden Jahre aber sei die SPD., die sich in Wort und Schrift nach wie vor zu dem Gedanken der Sozialdemokratie bekennet, tatsächlich dazu übergegangen, sei es in der Form der Tolerierung von Maßnahmen der Reichsregierung, sei es in führender Stellung in Preußen, an dem demokratischen Regierungssystem zu rütteln.

fallen sind, da es nun keine Koalitionsmöglichkeit mehr gebe, sondern nur noch rechts oder links, Individualismus oder Kollektivismus.

Pape schloß:

„Die verstockte Diktatur des Kanzlers muß sich der parlamentarischen Verdrängung erbeugen. Der Kanzler soll und muß ein nationales Kabinett, eine Regierung, eine Diktatur auf nationaler Grundlage führen. Der 13. Oktober wird den Schwung nach rechts bringen. Die Entscheidungstunde hat geschlagen.“

Wir zweifeln nicht daran, daß der auf dem rechten Flügel des Zentrums stehende v. Pape es ehrlich meint, wenn er einen „Schwung nach rechts“ fordert. Daß er aber irgendwelchen Einfluß auf die Brüningspolitik des Zentrums hat, muß bezweifelt werden. Mit solchen kleinen „Rebellen“ pflegt das Zentrum kurzen Prozeß zu machen. Ob er mit seiner Ansicht allerdings in einem scharfen Gegensatz zur „Germania“ steht, ist uns nicht bekannt.

Bezeichnend ist, daß die „Germania“ sich bisher völlig ausschweigt.

Rechten hätten Gebrauch machen wollen. Er, Waentig, müsse es ablehnen, weiterhin die Verantwortung für die Folgen dieser widerspruchsvollen Politik mit zu übernehmen.

Auch dieser Austritt ist symptomatisch. Die Ratten verlassen das sinkende Schiff...

SPD.-Abgeordneter Siemsen übergetreten

Unter der Überschrift „Schwankende Gestalten“ teilt der „Vorwärts“ die für ihn sehr betrübliche Tatsache mit, daß nun auch der sozialdemokratische Reichstags-Abgeordnete Siemsen, Jena, seinen Uebertritt zu der neuen „Sozialistischen Arbeiterpartei“ erklärt habe, obwohl Siemsen noch kurz zuvor mitteilte, daß seine Abmeldung aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ohne seine Zustimmung erfolgt sei und er sich noch wie vor als Parteigenosse betrachte.

Das ist allerdings sehr peinlich...

Denke daran, Deutscher!

Deutschland hat durch den „Friedens“-Vertrag von Versailles verloren:

- 13 % seiner Fläche, 12 % seiner Bevölkerung, 32 % der Steinkohlenproduktion, 75 % (1) der Eisenerzproduktion, 70 % (1) der Zinkergproduktion, 17 % der Weizen- und Roggenproduktion, 18 % der Kartoffelproduktion, 93 % des Seekabelnetzes, 90 % seiner Flotte.

Es hat dafür „gewonnen“: Dames und Young gleich und Elend!

Deutscher, vergiß es nie!

D. R.

Grzesinski beschlagnahmt die Sennbrotschüre

Der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin, Grzesinski, hat folgenden Beschluß herausgegeben, der dem Abwehr-Verlag, Münster, und dem Inhaber der Verlagsdruckerei J. J. Reiff, Karlsruhe, Herrn Karl Friß, zugeht. Der Beschluß hat folgenden Wortlaut:

„Die in Ihrem Verlag erschienene Druckschrift „Katholizismus und Nationalsozialismus“ (Eine Rede an den deutschen Katholizismus) von Pfarrer Wilh. Maria Senn wird gemäß § 12 Abs. 1 in Verbindung mit § 1 Abs. 1 Ziffer 2 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 und gemäß § 2 Ziffer 2 der Zweiten Verordnung des Herrn Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 17. Juli 1931 auf Grund der Verordnungen des Preussischen Ministers des Innern vom 24. April 1931 und vom 18. Juli 1931 zur Ausführung der vorgenannten Verordnungen (Gesetzg. S. 63 und 133) für den Bereich des Freistaates Preußen beschlagnahmt und eingezogen, weil auf Seite 68 bis 70 der Druckschrift der Reichsminister des Innern, Dr. Joseph Wirth, ein leitender Beamter des Staates (Reichs), beschimpft und böswillig verächtlich gemacht, und weil auf Seite 70 bis 84 gegen die Juden gehetzt und damit die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet wird.“

gez. Grzesinski.

Unser Gauorgan schreibt dazu:

„Eine bessere Propaganda hätte man für die Broschüre des Pfarrers Senn nicht machen können, als sie durch einen sozialdemokratischen Polizeipräsidenten von Berlin mit der Begründung verboten zu lassen, es würde darin gegen die Juden gehetzt.“

Wir Nationalsozialisten entnehmen aus diesem Verbot, daß die Gedanken des katholischen Pfarrers Senn im protestantischen und katholischen Teil Preußens eine ungeheure Wirkung getan haben, wenn das Zentrum bereits sozialdemokratische Verbote braucht, um die Broschüre aus der Welt zu schaffen. Wir unsererseits werden alles daran setzen, die flammende Broschüre Senns, die bis in die Polizeidirektion von Berlin aufsteigen erregt hat, in den übrigen, nichtpreussischen Ländern zu verbreiten.“

Georg Stammier über Pazifismus und Daneeuropa

„Hier hat das deutsche Volk sich selbst erschlagen in grauem Sirell — nicht einer blieb zurück. Warum? wird man erschütterter fragen. Am Ende steht: Für's Menschenglück!“

Um dem Gegner den Kampf zu verleiden, Mußt du das Hakenkreuz-Banner verbreiten!

Und wieder senken sich die Fahnen!

SA-Mann Gathe erschossen

In der Nacht zum Dienstag, kurz vor Mitternacht, wurden, wie der Polizeibericht mitteilt, in Essen-West zwei Nationalsozialisten, Angehörige der SS-Schutzstaffel von einem Trupp Kommunisten in Stärke von etwa 20-25 Mann überfallen. Die Kommunisten griffen die beiden zunächst mit Steinwürfen an und verfolgten die Flüchtenden, wobei sie vier bis fünf Schuß auf sie abgaben. Einer der beiden Nationalsozialisten, der 33 Jahre alte SS-Truppführer Erich Gathe, wurde so schwer verletzt, daß er bald darauf starb. Für die Ermittlung der Täter ist eine Belohnung bis zu 1000 RM ausgesetzt.

Schuß in die Lunge

Der kommunistische Feuerüberfall, der am Samstag gegen 7 Uhr vor dem Hause Gipsstraße 15 in der Nähe der Rosenthaler Straße in Berlin auf den Nationalsozialisten Josef Hammer verübt wurde, wird von der politischen Polizei eingehend untersucht. Hammer, der einen Lungenschuß erhalten hat, liegt im Krankenhaus am Friedrichshagen in sehr bedenklichem Zustande danieder. Die kommunistischen Revolverhelden konnten bis jetzt noch nicht gefaßt werden.

Bei der Abfischung des Geländes durch Polizeibeamte wurde eine Wähe mit dem Abzeichen der „Roten Hilfe“ aufgefunden, die offenbar einer der Täter verloren hat. Hammer befand sich, wie sich inzwischen durch Vernehmung von Zeugen ergab, auf dem Heimweg von einer Versammlung seiner Partei, als er plötzlich vor seiner Wohnung von den kommunistischen Vurschen, die in der Umgegend wohnen und denen er persönlich bekannt war, beschossen wurde. Seine Angreifer ließen davon, als sie sahen, daß Hammer getroffen zu Boden sank. Positiven alarmierten das Ueberfallkommando, das den Schwerverletzten nach dem Krankenhaus schaffte, wo er noch im Laufe der Nacht zum Sonntag operiert wurde.

Planmäßiger Ueberfall auf SA-Männer des Sturmes 58

Im Laufe der Nacht zum Samstag ereignete sich in Steier ein berat gemein angelegter Ueberfall von Kommunisten auf SA-Männer des Sturmes 58, wie er selbst in der an Unmenslichkeiten so reichen Geschichte der kommunistischen Missetaten selten zu verzeichnen sein wird. Der Sturmführer Marr wurde auf dem Rückweg vom SA-Heim mit 5 SA-Männern in der heimtücklichsten Weise aus dem Hinterhalt angefallen.

Am sogenannten Kiewitz stellte sich dem Trupp der bekannte kommunistische Rädelshörer Anton Dolatta in den Weg und bat Sturmführer Marr um eine dringende Unterredung. Marr trat mit Dolatta einige Schritte abseits. In diesem Augenblick rief Dolatta „Antifa ran!“ und schon

stürzten sich aus allen Winkeln rote Nordbanditen in großer Uebersahl auf Marr und seinen Trupp, der natürlich trotz tapferer Gegenwehr der Uebermacht erlag.

Sturmführer Marr wurde mit zehn Messerschlägen in Kopf, Rücken und Gesicht, schwer verletzt vom Plage getragen.

Weitere 4 SA-Männer sind ebenfalls teils leichter, teils schwerer verletzt.

Die Polizei verhaftete noch im Laufe der Nacht 6 der kommunistischen Nordbanditen. Der Rädelshörer und Urheber des planmäßigen Ueberfalls Anton Dolatta, der mit einer Pistole bewaffnet war und mehrere Schüsse abgab, ist flüchtig.

Vier rote Bestien überfallen 19jährige Tochter eines Pg.

Als die 19jährige Tochter eines Pg. nachts gegen 1 Uhr nach Hause ging, wurde sie 150 Meter von ihrer Wohnung von vier verummten Rotmordbestien, welche sich hinter der Scheune der Meisebacher Straße in Herfeld versteckt hielten, überfallen. Mit dem Ruf: „Jetzt haben wir die Hitler-Schicksa“ wurde dermaßen mit Knüppeln auf das Mädchen eingeschlagen, daß sie bewußtlos und blutend zu Boden fiel. Der Körper war voller Wunden und die Kleidung durchblutet. Die Täter entkamen unerkannt.

Zeitungsverbot Nr. 107

Der Oberpräsident der Rheinprovinz hat auf Grund der Notverordnung die nationalsozialistische „Wuppertaler Zeitung“ bis zum 24. Oktober einschl. verboten. Grund: Einige Artikel über den französischen Ministerbesuch.

100 000 Morgen pommerischer Scholle zwangsversteigert

Laus „Statistischer Korrespondenz“ sind in der Provinz Pommern im Jahre 1930 insgesamt 214 rein landwirtschaftliche Grundstücke mit 24 519 Hektar Gesamtfläche und insgesamt 184 318 RM Grundsteuer-Reinertrag zwangsversteigert worden. — Von den im Jahre 1930 zwangsversteigerten 214 landwirtschaftlichen Betrieben in Pommern entfielen:

- 38 auf kleindauerliche Betriebe (bis 5 Hektar),
- 63 auf mitteldauerliche Betriebe (5 bis 20 Hektar),
- 62 auf großdauerliche Betriebe (20 bis 100 Hektar),
- 51 auf Großbetriebe (über 100 Hektar).

„Märtyrer“ Sklareks

Am kommenden Dienstag — ein historischer Tag — soll, wie wir schon berichteten, endlich die ein Vierteljahr umfassende Hauptverhandlung gegen die Millionenheerde Sklarek und ihre Helfershelfer beginnen. Alle die Angeklagten, die das Vermögen der Allgemeinheit, der Stadt Berlin um Millionen schädigten, mit den Offiziellen prosten und Orgien feierten, sich an den Ärmsten, den Wohlfahrtsempfängern, bereicherten, sind auf freiem Fuße. Ja, es scheint schon so gut wie sicher, daß die drei Galliger nicht wieder hinter Schloß und Riegel gesetzt werden, weil ihre „Strafe“ durch die kurze Untersuchungshaft allein ausgeglichen sei und für den Rest bereitwillig Bewährungsfrist winkt.

Inzwischen bemüht man sich, um die drei Schieber einen „Märtyrerkranz“ zu weben, um den Gannooen „Popularität“ zu geben. So erscheint in einem angesehenen Berliner Rechtsblatt ein Roman, der das Schicksal der drei Dstjuden ausmalt. Das ist an sich schon eine Geschmackslosigkeit, was sich aber in dieser schwüligen Aera das Jerusalemer Tageblatt leistet, geht selbst nicht mehr auf diese Ruhaut. Hinter dem Motto „Glanz und Niedergang einer Berliner (?) Familie“ feiert sich der Schmodk nach Herzenslust aus, um den „ungläublichen“ Rassebrüdern einen Lorbeerkranz zu weben. Nach einer schwülstigen Einleitung und kleinen Anekdotchen aus dem „glanzvollen“ Treiben des Rasseblattes werden die drei Gebrüder folgenberein vorgeführt:

„Die Interessen der Drei waren dabei keineswegs gleichgerichtet. Nag war derjenige, dessen Ehrgeiz nach äußeren,

Das Zentrum, ein Handwerkszeug der Freimaurerei

Es ist interessant zu beobachten, wie die Pariser Freimaurer, diese Todfeinde der katholischen Kirche und geistigen Urheber und Drahtzieher des Weltkrieges und des deutschen Zusammenbruchs, in der gegenwärtigen spanischen Revolution, Strich für Strich, ganz genau ebenso handeln, wie sie im November 1918 in Berlin gehandelt haben und von da ab, mit freudiger Unterstützung oder doch schweigender Zulassung des Zentrums ständig in Berlin handeln.

Das erste, was die Freimaurer in Spanien tun, ist die Ernennung eines sozialdemokratischen Kultusministers. Das erste, was die Freimaurer, mit ausschlaggebender, entscheidender Unterstützung des Zentrums, im November 1918 und seitdem fast immer wieder in Berlin tun, ist die Ernennung eines sozialdemokratischen Kultusministers.

Die zweite Tat der Freimaurer in Spanien war das Verbot des sozialdemokratischen Kultusministers an sämtliche spanischen Priester, jemals noch ein Wort zugunsten des entthronten spanischen Königs zu sagen. Der Zentrumsminister Josef Birth in Berlin ersuchte die deutschen Bischöfe und im gleichen Sinne die Rabbiner, in ihrem Kampf gegen die „Dissidenten“, d. h. also gegen die Ungläubigen, recht mild und zurückhaltend zu sein.

Das Dritte: Die Freimaurer Spaniens sehen sofort alle Sekten und alle Parteien des Unglaubens gleichberechtigt mit der katholischen Kirche. Das Berliner Zentrum macht genau dasselbe. Es wünscht ein Gesetz, nach dem Freimaurer, Dissidenten, Leichenverbrenner, Atheisten vollständig gleichberechtigt sind mit der katholischen Kirche.

Das Vierte: Die spanischen Freimaurer machen die weltliche Schule, das Zentrum in Weimar macht gleichfalls die weltliche Schule.

Das Fünfte: Die spanischen Freimaurer verkünden in der Nationalversammlung als Grundlage der Republik als ersten Satz: „Alle Gewalt geht vom Volke aus.“

Genau das gleiche macht das Zentrum in Weimar. Auch in Weimar heißt der erste Satz der vom Zentrum, Sozialdemokraten, Freimaurern und Juden geschaffenen Verfassung: „Alle Gewalt geht vom Volke aus.“

Das ist eine grundstürzende Häresie; eine grundstürzende Glaubenslehre.

Katholischer, christlicher Glaubenssatz ist: Alle Gewalt geht von Gott aus!

Subelnd aber und stolz verkündet das Zentrum, daß nunmehr die Grundsätze der französischen Revolution auch in Deutschland zur Anerkennung gelangt sind.

Wir wollen uns diese Parallele der Vorgänge in Berlin und Madrid gut merken.

Ist also wirklich das Zentrum nur noch ein Handwerkszeug in der Hand der Freimaurerei?

Ja, Michel, das ist etwas anderes

Mit mehr als eigenartigen Mitteln versuchen die sogenannten staatsverhaltenden Parteien (SPD, Zentrum und Staatspartei) unter falscher Flagge bei der Schuljugend Reklame zu machen. So wurde kürzlich an den preußischen Schulen ein neuer Verein, benannt „Freie nationale Schülerschaft“, gegründet, der von den leitenden Stellen weitgehende Unterstützung erhält. An einzelnen Lehranstalten werden die Schüler offiziell zum Eintritt in diesen Verein aufgefordert mit der Begründung, dieser sei nicht partei-, sondern staatspolitisch (!). Daher stehen der Organisation auch die Schulräume zu Versammlungen und Propaganda zur Verfügung. Bei näherem Ansehen entpuppt sich dieser „F.N.S.“ als eine Filiale des Zentrums, SPD, und Staatspartei, als eine Art Vorhülle für das Reichsbanner.

Bekanntlich wurden wir wegen eines Aufrufes an die deutschemüdete Jugend zwecks Eintritt in den nationalsozialistischen Schülerbund verboten. Es interessiert uns sehr, was man von Regierungsseite gegen diesen „staatsverhaltenden“ Schülerbund unternimmt, da ja bekanntlich die Zugehörigkeit von Schülern zu politischen Organisationen verboten ist.

Wenn Judäa in Wohlfahrt macht

Die Hebräer vom Ulsteinverlage sind auf einen großartigen Einfall gekommen, der den Absatzschwund der Altpapierblätter und damit die verzwelfte demontierte Platte abwenden soll. Der Verlag Ulstein stiftet den notleidenden Berlinern täglich 1000 Brote, welche durch die Wohlfahrtsämter verteilt werden und sein süderlich eingepackte Reklameaufschriften für die Ulsteinschen Boulevardblätter tragen. Eine wahrhaft „soziale Tat“, über die ein großes Gegacker im Hause Davids veranstaltet wird.

Tatsächlich aber ist dieser Schmus nichts weiter als eine widerliche Reklame, unter Mißbrauch der angeblichen Wohltätigkeit, die noch dazu auf Kosten der Ulsteinzeitungsverkäufer geht. An der nachstehenden Berechnung kann dies jeder selbst feststellen.

Täglich 1000 Brote, macht in der Woche 7000. Durch einen Abschluß mit der Berliner Bäckergewerkschaft kostet den Ulsteinverlag das Brot 35 Pfg., das sind bei 7000 Broten 2450 RM in der Woche.

Dafür aber zieht man den Ulsteinhändler, zur Deckung dieser „Wohltätigkeit“, für jede illustrierte oder Wochenzeitung 1 Pfg. pro Stück am Verdienst ab.

Rechnet man diese Wochenzeitschriften niedrig zusammen mit einer Auflage von 3 Millionen, so spart Ulstein dadurch in der Woche allein 30 000 RM.

Demnach gibt es folgende Rechnung:

Lohnraub der Händler	30 000.— RM
„Wohltätigkeit“	— 2 450.— RM
Reibach pro Woche	27 550.— RM

Also verdient das „Haus“ Ulstein an dieser „sozialen Einrichtung“ wöchentlich über 25tausend RM neben der kostlosen Reklame!

Endlich auf der Walz

Unseren Freund Karl Walz, Zentrumsbürgermeister aus Zell im Wiesental, hat nach langem zähen Kampf das wohlverdiente Geschäft erlitt. Er ist aufgrund der in unserer vorletzten Nummer angeführten Beschwerden von der Staatsaufsichtsbehörde vorläufig seines Amtes enthoben worden. Der große, anmahnende Walz, der sich in den Tagen der notwendigen Verfolgung durch uns in seinem „Märtyrertum“ mit Christus verglich, ist zwar nicht am Kreuz gestorben, sondern an seiner Hobgier, an seinem Autovertrag mit der Gemeinde, an seinem Autoschuppen, seiner Autodecke, seinem Waschtisch, seinen Provisionen, seinen Kurzulagen, seinen Stellenzulagen und wie diese für einen Zentrumsheiligen so angenehmen Dinge alle heißen. Die „Zeiter Hofenlotterie“, wie er sie einstens in seiner Ueberheblichkeit bezeichnete, haben über diesen Frömmster gesiegt, weil die Gerechtigkeit und Wohlwollendigkeit auf ihrer Seite stand und weil wir Nationalsozialisten diese bedrückte Gemeinde in ihrem Kampf unterstützt haben. Der letzte Akt der Tragikomödie steht bevor.

sichbaren Auszeichnungen strebte. Er wollte Rang und Würden haben, wollte weit über seine Herkunft hinaus. Die beiden anderen, Leo und Willy, waren viel eher Lebenskünstler, die man allenthalben in lustiger Gesellschaft treffen konnte. Sie waren populär, teils durch ihre offene Hand, teils, weil man sie überall sah und weil es kein großes Pferderennen gab, wo nicht ihre Farben mit auf der Bahn waren. — Die Brüder, von denen Nag Sklarek jetzt 49 Jahre, Leo 46 Jahre und Willy 44 Jahre alt ist, sind geborene Berliner. Am Weinsbergweg hatte ihr Vater eine Herren-Kleiderfabrik. Alle drei besuchten die höhere Schule, lernten dann das Geschäft ihres Vaters und hatten schon vor dem Kriege in der Berliner Konfektion große Stellungen. Leo und Willy Sklarek gründeten dann zusammen eine eigene Firma, machten gute Geschäfte und besaßen 1919 soviel, daß sie sich die Gründung eines Rennstalles leisten konnten. Ihre Farben, weiß-Altgold, wurden sehr bald bekannt.“

Der Schmodk hat sich also mal wieder ruhig ausgeflehrt, noch dazu zu einem solchen „guten Zweck“, denn für diese Leute zieht die Wpfpaltreppe alle Spalten vom Leder.

Diese untrüglichen Zeichen deuten neben dem Bestand der Sklarekpartei auf einen jämmerlichen Ausgang des Sklarek-Sensationsprozesses hin. Die Berliner Bevölkerung soll wiederum um die Genugtuung an den skrupellosen Schiebern gebracht werden, wie bei den Barnats seligen Angehörigen. Der kommende Prozeß, zu dem ein Riesenaußgebot veranstaltet wurde, soll wie Strohpfeiler verfliegen.

Ein Kriegsbeschädigter schenkt dem Reichskanzler seine Rente

Der Kriegsbeschädigte G. Sch. in Bries (Schlesien) hat dem Reichskanzler den ihm verbliebenen Restbetrag der Rente aus Protest zur anderweitigen Verwendung überwiesen. In dem Begleitschreiben an den Reichskanzler brachte unser Kamerad folgendes zum Ausdruck:

„Ich erhalte für meine schwere Kriegsbeschädigung (Verlust des rechten Oberarms) bei einer Erwerbsbeeinträchtigung von 70 v. H. jetzt noch eine monatliche Rente von 16,35 RM, weil ich als Angestellter ab 1. Juli d. Js. 26.— RM Nettoeinkommen über die gesetzliche Grenze von 210.— RM hinaus verdienere.“

Für diese geringe Rente und einen bisher für mich wertlosen Beamtenchein gab ich Gesundheit und Lebensfreude, trage ich ein hartes Schicksal, kämpfe unter großen Mühen um mein Lebensdasein, ohne zu wissen, was später wird, wenn die verletzten Kräfte verlegen.“

Ich bin enttäuscht. Die für den Monat August ausgezahlte Rente habe ich Ihnen, Herr Reichskanzler, zur anderweitigen Verwendung mit Postanweisung überwiesen. Ich kann damit nichts anfangen. Zur Beistellung der laufenden Kosten, die mir durch meine Kriegserwundung und durch das Tragen einer Prothese erwachsen, reicht dieser Betrag nicht aus.

Ich bitte, mir über die Verwendung des überwiesenen Betrages Mitteilung zu machen.“

Der Reichskanzler hat die Annahme des Betrages verweigert.

Der Vorhang wird bald fallen und ein raffgieriger Zentrums-Akteur wird in nicht allzuferner Zeit gehärend ausgepiffen werden.

Französische Phantasien über Hitler

In Paris gab ein gewisser Maurice Laporte ein 300 Seiten starkes Buch heraus, das den Titel führt: „Sous le Casque d'Acier. Six semaines avec Hitler et les Bolschewiki.“ (Unter dem Stahlhelm. Sechs Wochen mit Hitler und den Bolschewiki). Was dieser Laporte über Deutschland schreibt und hier erlief haben will, verdient festgenagelt zu werden. Das „Kleins Journal“ schreibt darüber u. a.:

„Er gerät z. B. während der letzten Reichstagswahlen in eine Wahlerversammlung. Rechts an der Wand stehen mehrere hundert Nationalsozialisten in schwerer Bewaffnung. „Mit Pistolen und Prügeln“. Ihnen gegenüber an der anderen Saalwand stehen ebenso viele Kommunisten, auch alle bis an die Zähne bewaffnet. Die beiden schwerbewaffneten geraten nun aber nicht etwa, wie man vielleicht annehmen könnte, gegenseitig ins Hauen und Schneiden. Sie verdrängen (1) sich vielmehr, indem sie „gemeinsam gegen die Tributzahlungen protestieren und dem ammen Frankreich blutige Rache schwören“. Bitte sehr, das hat Monsieur Laporte gesehen!

Er will noch viel mehr solcher merkwürdiger Dinge erlebt haben: Zum Beispiel hat er gesehen, wie in Steglitz sich Stahlhelmer und Kommunisten eine blutige Straßenschlacht lieferten. „Aus der Reichshauptstadt eilends herbeigerufene berittene Reichswehr“ hieb jedoch dazwischen und brachte die Kämpfenden auseinander. Offenbar zum Ausgleich für ihr gestörtes Vergnügen zogen daraufhin Stahlhelmer und Kommunisten gemeinsam nach Berlin und „plünderten“ dort einträchtig Schütten an Schütten...

Wo haben wir bloß unsere Augen? Uns ist das alles entgangen. Aber zum Glück hat wenigstens der Monsieur Laporte aufgepaßt und berichtet nun alle diese haarsträubenden und entsetzlichen Geschehnisse seinen erschrockenen Landsleuten. Er hat auch ungläubliches Glück gehabt.

Was er beispielsweise eines Nachts bei Mies eine Autopanne hatte — was passiert da? Monsieur Laporte gerät sogleich „zufällig“ in eine militärische Geheimübung inklusive Giftgasübungen. Bei dieser Gelegenheit sieht er auch ein „geräuschlos mandorliertes unbemanntes Flugzeug“, das durch Herf'sche Wellen gelenkt wird und als Scheibe für die Flugabwehrbatterien dient, die in schweren Mengen da herumstehen und in die Luft böllern...

Es geht doch nichts über verrückte Franzosen!

Jüdische Aerzte in den roten Krankentassen

Daß der Aerzestand in Deutschland völlig verjudet ist, ist genug bekannt. Insbesondere haben wir Krankenhäuser und Kliniken, in denen man einen deutschen Arzt mit der Lupe suchen kann. Dasselbe gilt in den Krankentassen. Ebenso steht es in Oesterreich. Nimmt man da z. B. das Aerzteverzeichnis 1931 von der Versicherungskasse für die kaufmännischen Angestellten in Wien zur Hand, so findet man unter 85 Vertragsärzten 5 Christen und 80 Juden, unter 23 Fachärzten 2 Christen und 21 Juden, unter 11 Konsiliarärzten 1 Christen und 10 Juden, unter 6 Fachärzten für Kinderbehandlung keinen Christen und 6 Juden, unter 13 Zahnärzten keinen Christen und 13 Juden, unter 8 Chirurgen 1 Christen und 7 Juden. Insgesamt sind also von 146 Aerzten nur 9 Christen und 137 Juden. Dazu kommen noch die Kurpfalzen und Heilbäder, die ausschließlich von jüdischen Aerzten geleitet werden bzw. in den Händen profugierter Juden stehen, die daraus Kapital schlagen.

Kommunistische Selbstentlarbung

K. G. D. - Zeit

In einer öffentlichen Erwerbslosenversammlung am 10. 9. in Frankfurt a. M. erklärte der Kommunist Launert als Diskussionsredner des „Deutschen Bau-Gewerkschaftsbundes“ vor Hunderten von Arbeitslosen wörtlich: Es wäre verfehlt, wollte man einzelnen sozialistischen Führern einen Vorwurf aus ihren hohen Schaltern machen. Warum sollen sie es anders machen wie die bürgerlichen Minister? Wir müssen vorläufig stillhalten! Wir nagen am Hungertuch, wir wollen es weiter tun!

Nun ist es am bemerkenswertesten, daß, nachdem unser Redner, Gaunropagandaleiter Gg. Bawerles, diese fast ungläublichen Sätze geknackelt hatte, der nächste Diskussionsredner, der Kommunistenführer Liebl-Frankfurt, diese Sätze unterstrich. Unser Redner hatte gesagt, die Parole: Proletarier aller Länder ein! hat verfallen, es heißt heute: Proletarier aller deutschen Stände vereinigt Euch! Liebl sagt, man müsse das der Zukunft überlassen!

Also in einer Versammlung zwei Kommunisten, die die Erwerbslosen im Geiste der Brüning'schen Stillhaltekonkordien innerpolitisch noch länger zum Stillhalten überreden wollen!

Ein K. G. D. - Mann, denn als solcher ist der Kommunist aus dem K. G. D. B. anzusehen, erklärt sich solidarisch mit den „sozialistischen Ministergehaltsempfängern“! Schöne Solidarität!

Die Kommunisten waren nicht zu bewegen, die Versammlung vor der Erledigung ihrer drei Redner durch den Gg. Bawerles zu verlassen, dann zogen sie langsam und mit hängenden Köpfen ab, undrauf vom vielfältigen Heil auf Hitler: Arbeiter erwacht!

Volkshilfsstage des „Stahlhelms“

Wie aus dem heutigen Anzeigenblatt ersichtlich ist, will auch der Stahlhelm, Bund der Frontkämpfer, den Kampf gegen die Not ohne Rücksicht auf die Parteien aufnehmen. Zum Ausgang seiner Hilfsaktion hat er den Geburtstag seines Ehrenmitgliedes, des Reichspräsidenten, genommen. In dem Schreiben, in dem der 1. und 2. Bundesführer Hindenburg von dieser Maßnahme Kenntnis geben, heißt es:

„Wir glauben mit dieser Maßnahme, die dem Geiste kameradschaftlicher Schicksalsverbundenheit aller Volksgenossen entspringt, im Sinne der von Euer Excellenz zur Bekämpfung der kommenden Winternot erlassenen Rundgebungen zu handeln, und bitten, unseren Entschluß als Ausdruck unserer Verehrung für Euer Excellenz zur Kenntnis nehmen und würdigen zu wollen.“

Der Reichspräsident hat darauf folgendes geantwortet: „Aus Ihrem Schreiben habe ich mit Befriedigung entnommen, daß Sie, vom Geiste der Volkshilfe leitet, die

Sozialismus oder sozial

Hundert Jahre ist es her, seit das Proletariat entstanden ist, und seit hundert Jahren ist dieser vierte Stand ausgestoßen aus der Gemeinschaft, und hundert Jahre lang ist er vom kapitalistischen Bürgertum ausgebeutet worden. Daran hat auch keine Sozialpolitik des Bürgertums oder der Sozialdemokratie etwas ändern können. Die Formen mögen sich geändert haben, der Inhalt ist derselbe geblieben: Der Arbeiter blieb weiter ausgestoßen und ausgebeutet. So mußte es bleiben, weil die Träger der Sozialpolitik nicht sozialistisch, sondern sozial waren.

Die Frankfurter Zeitung, bekanntlich eine der maßgebenden Vertreterinnen der sterbenden Wirtschaftsordnung, schrieb einmal, daß die Sozialpolitik im wesentlichen der Schmerzlinderung diene. Es gibt kaum ein Wort, das die Gelfesthaltung der heute noch herrschenden Richtungen zur Lösung der sozialen Frage besser kennzeichnet: Man möchte den Schmerz lindern — nicht aber die Krankheit heilen. Aus Mitleid, aus Egoismus, um sich Unannehmlichkeiten zu ersparen, ist man sozial. Man fürchtet, der Kranke könne im Schmerz um sich schlagen, der Arbeiter könne die Fabriken zerstören, oder aber man hat Mitleid mit dem „armen Proleten“. Sozial sein ist Humanität. Humanität aber, sagt Stapel einmal, entspringt dem schlechten Gewissen. Und in der Tat, das Bürgertum fühlt, es habe wohl etwas gut zu machen. Und so wird man sozial, um sich und andere zu beruhigen.

Sozialgefühl ist seinem Wesen nach Individualismus. Sozialismus aber ist Universalismus. Sozialismus läßt sich nicht von Angst, Mitleid oder Humanität leiten, sondern Sozialismus ist die staatspolitische Notwendigkeit der Wiederentgliederung des Arbeiterstandes in die Volksgemeinschaft.

Wenn Sozialgefühl allerhöchstens ein moralisches Schuldgefühl bedeutet, so ist Sozialismus eine sittliche Idee. Eine sittliche Idee aber, deren Verwirklichung gewisser wirtschaftlichen Voraussetzungen bedarf. Es genügt nicht, daß man von Gemeinlichkeit und Volkserbundenheit schwärmt, sich aber weigert, die ökonomischen Voraussetzungen für die Beständigkeit einer solchen Gemeinschaft zu schaffen. Wie soll nun Gemeinschaft bestehen, wenn die Interessen der Arbeiter denen der Unternehmer entgegengesetzt sind, und wie soll Volks-

verbundenheitsgefühl entstehen können, solange ein Teil des Volkes ausgeschlossen ist am Besitz der deutschen Scholle. Und deshalb ist mit der ethischen Forderung des Sozialismus zugleich untrennbar eine wirtschaftliche verbunden: Die Beseitigung der Spanne zwischen Kapital und Arbeit, die Einführung eines Wirtschaftssystems, das die Herrschaft der Arbeit garantiert: Die Beseitigung des Kapitalismus.

Nicht aber — und dies muß immer wieder betont werden — irgendwelche humane Gefühle fordern dies, sondern die staatspolitische Erkenntnis, daß eine organische Gemeinschaft nicht bestehen kann, wenn ein Glied der Gemeinschaft außerhalb der Gemeinschaft steht. So bekommt der Gegensatz Sozialismus — sozial fundamentale Bedeutung. Dieser Gegensatz ist es, der uns von allen anderen Parteien trennt, keine andere politische Richtung war je sozialistisch, keine, und am allermeisten die Sozialdemokratie.

War schon die Lehre des Marxismus Falschheit, so wurde das Ende der SPD. darüber hinaus vollends zur Verräterei am Sozialismus. Niemals ist die SPD. bemüht gewesen, den Arbeiterstand zu befreien. Stets war sie in dem von Marx entworfenen, vom Kapitalismus aufgenommenen „Klassenkampf“ darauf bedacht, die schlimmsten Räte zu mildern. Nicht das Uebel an der Wurzel packen und den Kapitalismus beseitigen, betrachtete man als die Aufgabe, sondern nach den Worten des Genossen Bauer, es sich einigermassen behaglich im Kapitalismus einzurichten. Was dies für die Vögel bedeutet, ist klar. Für das aufstrebende Arbeiterum aber heißt das: Verdammt sein zu weiterem Proletariatsleben, verdammt sein, weiter ausgebeutet und ausgebeutet zu leben. Es ist sonderbar, welche Forderung der SPD. man sich auch anlehnt: Niemals findet man eine sozialpolitische Forderung, die die Lage der Arbeiterschaft grundsätzlich bessert. Immer nur ist man bemüht, die ärgsten Schicksalsschläge dem Arbeiter erträglich zu machen. So antichambrieren die SPD.-Führer seit Monaten beim Kanzler, nicht um die Beseitigung der jedem Sozialismus ins Gesicht schlagenden Notverordnung durchzusetzen, sondern um die „äußersten Härten der Notverordnung“ zu beseitigen. Man denkt nicht daran, den Arbeiter von der auf ihm ruhenden Last zu befreien, man ist nur darauf bedacht, daß die Last nicht zu groß wird, daß der Arbeiter nicht unter ihr zusammenbricht.

Die bürgerlichen Parteien bewegen sich im allgemeinen in der Richtung der „Frankfurter Zeitung“: um sich Unannehmlichkeiten zu ersparen, um das Gewissen zu beruhigen, werden sie sozial. Und nur selten hindert man jemand, der sich ermannt zu der Forderung der Volksgemeinschaft. Aber keiner von diesen hat je den Mut befaßt, die damit verbundene Forderung des Wirtschaftsneubaus auszusprechen. Und so blieb man sozial, linderte den Schmerz, anstatt die Krankheit zu heilen.

Den Arbeiter und das deutsche Volk aber rettet nur der Sozialismus, der Sozialismus auf nationaler Grundlage.

Was das Volk nicht weiß

Deutschland hat zwei stehende Heere: die Reichswehr mit 100 000 Mann und die Gerichtsvollzieher mit 112 000 Mann.

Auch ein Wort des Freiherrn vom Stein

„Unser Unglück ist, daß wir von besoldeten, buchgelehrten, interesselosen, eigentumslosen Vandalen (Bürokraten) regiert werden. Das geht solange es geht. Diese vier Worte: besoldet, buchgelehrt, interesselos, eigentumslos — enthalten den Geist unserer gestörten Regierungsmaschine.“

Es regne oder es scheine die Sonne, die Abgaben steigen oder fallen, man zerstreue althergebrachte Rechte oder lasse sie bestehen, man theovetisiere alle Bayern zu Tagelöhnern und erzeuge die Hdrigkeit an den Gutsherrn durch die Hdrigkeit an den Juden und Wucherer — alles das kümmert sie nicht. Sie erheben ihr Gehalt aus der Staatskasse und schreiben, schreiben, schreiben im stillen wohlverschlossenen Büro und ziehen ihre Kinder wieder zu gleich brauchbaren Scheißmaschinen auf.“

Mannheimer „Siedlungspolitik“

„Bankrotte Baumeister“

Unter der Ueberschrift „Moderne Siedlungen“, Wohnhäuser aus Nadelbäumen und Lehm, berichteten wir in der letzten Folge des „Hakenkreuzbanners“ über die Vorgänge auf dem Mannheimer Arbeitsamt, wobei ein gewisser Vögel die Mannheimer Baufirmen als „bankrotte Baumeister“ bezeichnete. Dieser Ausdruck erregte unter den Mannheimer Baumeistern berechtigtes Empörung.

Eine Lebensart sagt: man schneidet das Korn nicht, bevor es reif ist! Aber was schert dies die Herren Jongleure wahnwitziger Pläne! Mit den Steuergeldern, die den Schaffenden abgepreßt werden, lassen sich eben schöne „Kunststücke“ ausführen und abenteuerliche Pläne entwickeln, nach denen in absehbarer Zeit Wildwest in Mannheims Nähe entziehen soll. Es scheint uns manchmal, als ob es gegen besseres Wissen, nur in dem fragwürdigen Abglanz „guter Werke“ zu stehen, geschieht. Aber die Gunst wird nicht lange standhalten. Sie überdauert oft nicht einmal die kurze Zeit der Bauausführung und man ist durchschaut, erkannt und — gestürzt! Nicht nur der, denn diese „Siedlungspolitik“ zugute kommen soll, wird der Geldtrogende sein, sondern auch derjenige, dessen Geld zu diesem Experiment verwandt wurde. Man wurselt ins Blaue hinein und bleibt unbedachtbar.

Diese sog. „Siedlungen“ in der jetzigen Aufmachung ernstlich zu zergliedern, erscheint geradezu lächerlich und es ist nicht der Mühe wert, sie zu besprechen. Man will unter Ausnützung der Arbeitskräfte der halbverhungerten Arbeitslosen „bewährten“ Vögel gestiftete Positionen verschaffen, seien es nur gutbezahlte Verwaltungsposten! Vielleicht liegt es schon in der Absicht eines ganz Schlaunen, bei der Lieferung der erforder-

lichen Baustoffe etwas für sich herauszuschlagen. Möglicherweise ist bei dieser Gesellschaft alles, denn bekanntlich „kommen alle Fische beim Körschner zusammen“.

Was aber bei jedem Baumeister eine berechtigige Empörung hervorrufen muß, ist die Forderung eines leitenden Beamten des Arbeitsamtes, als er zum Ausdruck brachte: es wäre richtiger und den Kleineren auch angenehmer, wenn das Arbeitsamt die Materialkosten direkt von den Werken kaufen würde, als daß man

bankrotte Baumeister damit beauftragt!

Diese gemauerte Forderung ist eine Herausforderung für jeden Baumeister und Handwerker. Es bleibt nur die Frage, wer hat denn diese Zustände herbeigeführt? Wer hat die Baumeister und Handwerker mit den brutalsten Steuerlasten und sozialen Abgaben, die zu einem Teil — und das ist das Schandulose — für Luxusbauten, für übermäßig hohe Gehälter der Oberen Verwendung fanden, ausgefressen bis aufs Blut?

Das ist einzig und allein das heutige System!

Aber die Herren erreichten, was sie wollten: Vögel zu Amt und Würden zu verhelfen. So ist es und nicht anders. Und der Herr vom Arbeitsamt spricht dann froh von „bankrotten Baumeistern“!

Kampf kostet Geld, mache Deine Presse stark!

alle Ihre Ortsgruppen auffordern, von jeglicher Feier meines 84. Geburtstages abzusehen und statt dessen in hilfsbereiter und tatkräftiger Kameradschaft der Kämpfenden, insbesondere der Kriegshinterbliebenen und der Kriegsbeschädigten, zu gedenken. Ich danke Ihnen für die Ehrung, die Sie mir damit erweisen, und wünsche dieser Ihrer Hilfsaktion, an der ich mich selbst gern mit einem Beitrag beteiligen werde, reichen Erfolg.“

Wie wir dazu erfahren, werden die durch die Volkshilfsstage des Stahlhelms aufzubringenden Mittel in erster Linie den Kriegshinterbliebenen und Hinterbliebenen, weiter aber auch den breiten Schichten der Arbeitslosen zugute kommen.

Gewäftliches

Reichs-Edeka-Woche (Schaufensterwettbewerb). Anlässlich der Reichs-Edeka-Woche findet im ganzen Reich in der Zeit vom 10.—17. Oktober d. J. ein Schaufensterwettbewerb statt. Jedes Kolonialwaren- und Feinkostgeschäft, das durch entsprechende Ausstattung kennzeichnend gemacht ist, stellt zu dem Wettbewerb

Der Sinn der Veranstaltung ist der, die deutschen Hausfrauen darauf hinzuwirken:

„daß die der Edeka-Organisation angeschlossenen 22 000 Einzelgeschäfte durch ihren gemeinsamen Drogeinkauf die beste und billigste Bezugsquelle für Kolonial- und Feinkostwaren sind.“

Das Publikum selbst soll entscheiden, welches Schaufenster den besagten Sinn am besten zum Ausdruck bringt und welches Schaufenster in der Art der Aufmachung am besten gefällt.

In den betr. Edeka-Geschäften werden dem Publikum Abstimmungskarten zur Verfügung gestellt. Die Angabe der in dem betreffenden Fenster angebrachten Kenn-Nummer genügt. Die Karte ist entweder in dem Edeka-Geschäft abzugeben oder der Edeka-Genossenschaft zu übersenden. Letzter Abgabetermin ist der 20. Oktober 1931. Dasjenige Schaufenster, auf das in unserem Bezirk die meisten Stimmen fallen, wird prämiert. Jeder, der für dieses Fenster gestimmt hat, erhält für seine Mitarbeit eine Prämie. Auch die anderen Mitarbeiter gehen nicht leer aus. Fünf Sonder-Prämien sind bereits gestellt. Wer daher die Abstimmungskarte ausfüllt, kann, ohne ein Risiko abzugeben, mit gewinnen.



Abbl

Der 9 für den M schaft, die an das M die Mittel Verkauf ih ungeheuerliche Wirtschaft, schaft, in de sche Mf und Schlei muß zugrun der Banker spürt wohl die Schade Es bisher g neuer Anteil gutausden. gebäude brü plünderung die Ursachen Das Volk Entbehrunge Bräutig in sagt, den W Reformen, in einzelnen Ursachen immer weiter allerdings i schenken — sie sind um

In groß spräche die ist um 7 9 Reichspost eine Lohnfer des Lohnabf einem Wirtf Die Re Zustandekom die Laufzei Notverordnun vertrag abgu Dieser ist bezeichnet mungen zur 1931. Es h

„Vend regierung i Tarifvertra der neuen Man so bildung notn notwendig. kann, daß die Opfer gedra recht und bi denen gehdr schaffen haben Dem W deshalb seine damit die fa und dem in garantiert w Bevor n überhaupt un keiten ersch untrügliehen

K

Lebenshaltung daß alles verj zu vermeiden werden, als die deut den „hoh anderen

wenn ein W möglich und r falschen Wägr ist möglich un Maßnahmen i Das heu der Arbeitsbl wieder konkur unbedach, da



Der Arbeiter im Betrieb



Abbau der Löhne?

Nein - Abbau des Systems!

Der Nationalsozialismus hat unendlich oft die Ursachen für den Niedergang unserer Wirtschaft dargelegt. Eine Wirtschaft, die jahrelang Milliardenbeträge ohne Gegenleistung an das Ausland abgeführt hat, eine Wirtschaft, die sich die Mittel zu dieser Tributleistung durch Verpfändung und Verkauf ihrer Substanz verschaffen mußte und so in die ungeheuerlichste Schuldknechtschaft gestochen worden ist, eine Wirtschaft, der der Raum zur Entwidlung fehlt, eine Wirtschaft, in der das Volkvermögen durch die bürgerlich-marginalistische Mißwirtschaft noch weiter zerstört und von den Bonzen und Schiebern aufgestreift wurde: eine solche Wirtschaft muß zugrunde gehen. Heute ist der Zeitpunkt gekommen, wo der Bankrott sich nicht mehr verhehlen läßt und das Volk spürt, wofür es durch seine Führer gebracht worden ist. Die Schäden zeigen sich erst heute in ihrer vollen Schwerkraft, da es bisher gelungen war, das Volk durch Aufnahme immer neuer Anleihen über die Folgen dieser Mißwirtschaft hinwegzutäuschen. Heute gibt es keine Anleihen mehr und das Traggebäude bricht zusammen. Von den Folgen jahrelanger Ausplünderung kann niemand das deutsche Volk befreien. Aber die Ursachen des Zusammenbruchs können beseitigt werden. Das Volk kann dann, freilich unter Kämpfen, Mühen und Entbehrungen, sich neu emporarbeiten. Was tut die Regierung in dieser Lage? Sie geht, wie der Reichskanzler sagt, den Weg des „gesundem Menschenverstandes“. Sie erläßt „Reformen, die das Volk bald in seiner Gesamtheit, bald in einzelnen Teilen treffen“. Aber sie beseitigt nicht die Ursachen des Zusammenbruchs. So wird die Not auf immer weitere Volkskategorien ausgedehnt — den Borsenjobbern allerdings kann man immer noch hunderttausend Mark schenken —, aber diese Opfer führen nicht zur Freiheit, sie sind umsonst gebracht.

In größtem Ausmaß werden jetzt durch staatliche Schiedssprüche die Löhne gesenkt. Der Lohn der Bergarbeiter ist um 7 Prozent gesenkt worden, die Reichsbahn und die Reichspost haben ihre Lohnsätze gekürzt, um gleichfalls eine Lohnsenkung herbeizuführen, und so geht die Wellen des Lohnabbaues fort von einem Betrieb zum andern, von einem Wirtschaftszweig zum andern.

Die Regierung erläßt neue Notverordnungen, um das Zustandekommen solcher Schiedssprüche zu erleichtern. Sie legt die Laufzeit der neuen Tarifverträge herab und hat sich durch Notverordnung das Recht verschafft, jeden geltenden Tarifvertrag abzuschaffen.

Dieser ungeheuerliche Eingriff in bestehende Verträge ist bezeichnenderweise versteckt in den Durchführungsbestimmungen zur Einschränkung der Arbeitszeit vom 30. September 1931. Es heißt dort in § 1 Ziffer 5:

„Anderer sich auf Grund einer Verordnung der Reichsregierung der Inhalt eines für allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrages, so ist der Tarifvertrag ohne weiteres in der neuen Fassung allgemeinverbindlich.“

Man sagt, die Löhne müssen gesenkt werden, weil Kapitalbildung notwendig ist. Nun gut, nehmen wir an, das sei notwendig. Wenn aber neues Kapital nur dadurch entstehen kann, daß die Masse des schaffenden Volkes, die schon so viele Opfer gebracht hat, abermals belastet wird, so ist es nur recht und billig, daß das neugebildete Kapital dann auch denen gehört, die es in Wahrheit durch ihre Opfer geschaffen haben.

Dem Volk kann nicht zugemutet werden, daß es nur deshalb seine kümmerliche Lebenshaltung nochmals einschränkt, damit die falsche Wirtschaftspolitik aufrecht erhalten bleibt und dem internationalen Finanzmohel neue Zinsgewinne garantiert werden.

Bevor man das gefährliche Experiment der Lohnsenkung überhaupt unternimmt, müssen aber erst alle anderen Möglichkeiten erschöpft sein, um die deutsche Wirtschaft von dem unerträglichen Druck zu befreien, der auf ihr liegt. Die

zu senken, daß unsere Arbeitslosen in der Exportindustrie wieder voll beschäftigt werden.

Denn der Weltmarkt ist hoffnungslos verstopft. Der deutsche Binnenmarkt dagegen kann noch deutsche Waren aufnehmen.

Statt fremde Waren zu scheinbar billigen Preisen einzuführen, können wir deutschen Arbeitern Brot geben. Wenn wir es nur durchsetzen, daß der ungeheure Bedarf des deutschen Volkes, so weit möglich, durch deutsche Arbeit befriedigt

wird, so können wir die Arbeitslosen in unserer Wirtschaft unterbringen. Und wenn erst wieder das ganze Volk produktiv tätig ist, so wird auch bald eine Hebung der Lebenshaltung sich durchführen lassen. Die Umstellung vom Weltmarkt auf den Binnenmarkt erfordert zunächst Opfer, sie fordert eine mutige, nationale Regierung, die dem ausländischen Druck standhält und mit unbeugbarer Energie eine völlige Uenderung unserer Wirtschaftspolitik durchführt. Nur eine Befreiung der deutschen Wirtschaft kann dem deutschen Volk befriedigende Arbeits- und Lebensbedingungen verschaffen.

Die Befreiung der deutschen Wirtschaft aber ist eine nationale Frage, und so sehen wir auch hier wieder die unheilvolle Verbundenheit der nationalen und sozialen Frage.

Wer diese Verbundenheit nicht erkennt, der kann nie den richtigen Weg finden. Und so sind auch alle Maßnahmen des heutigen Systems falsch und können nur immer tiefer in das Elend hineinführen. Otokar Lorenz.

Rote Streikbrecher und Terroristen

Wie gestern — so heute noch

Große Bewegungen brauchen Zeit, um sich durchsetzen zu können. Dieser Satz trifft auf nichts mehr zu als auf unsere Bewegung. Wir Nationalsozialisten konnten sehen, wie man unsere Bewegung zuerst totgeschwiegen, dann als das nicht mehr ging, verleumdete hat. Nachdem unsere Gegner erkennen mußten, daß auch das nichts nützte, versuchten sie es mit Terror. Hat doch keine Bewegung in Deutschland eine solch große Zahl an Blutopfern aufzuweisen, wie gerade die nationalsozialistische. Doch trotz Verleumdung, trotz Terror ist der Siegeslauf der NSDAP nicht mehr aufzuhalten. Dasselbe gilt auch für die am 1. Januar d. Js. ins Leben gerufene Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation.

Dieser Sonderorganisation, die dafür kämpft, den vom Marxismus verhehten und verdammten Hand- und Kopfarbeiter politisch gesund denken und handeln zu lernen, ergeht es nicht besser wie der politischen Bewegung.

Mit dem Moment, da der marxistische Bonze erkannte, welche Gefahr dem Marxismus durch die Betriebszellenarbeit der NSDAP drohte, setzte auch sofort ein Verleumdungsfeldzug gegen uns ein, um uns bei den Hand- und Kopfarbeitern verhasst zu machen.

Eine der besten Verleumdungen ist die, wir seien „organisierte Streikbrecher“. Nun hat unser Reichsorganisationsleiter, P. M. H. W., in Folge 11 des „Arbeiterforum“, klar und deutlich unsere Stellung bei Streiks niedergeschrieben. Damit kann und muß der Vorwurf, wir seien Streikbrecher, mit aller Entschiedenheit als zurückgewiesen gelten.

Aber gerade die sogenannten „freien Gewerkschaften“, samt der Notverordnungspartei Sozialdemokratie, hätten allen Grund, mit dem Vorwurf Streikbrecher uns gegenüber nicht so vorwichtig zu sein. In der Gewerkschaftsgeschichte ist verankert, daß es Zeiten gegeben hat, zu denen sogenannte freie oder besser gesagt sozialdemokratische Gewerkschaftler sehr oft Streikbruch begangen haben.

Vor mir liegt der Geschäftsbericht eines christlichen Verbandes aus dem Jahre 1912. Der damalige Bezirksleiter dieses Verbandes führt in seinem Bericht manche Betriebe auf, in denen freie Gewerkschaftler Streikbrecher waren. So lesen wir unter anderem:

Bellheim. Die Arbeiter der Brauerei Silbernagel befanden sich in großer Abhängigkeit und die Löhne waren sehr ungenügend. Es kam ein Tarifvertrag zustande, der eine jährliche Lohnsteigerung im Gesamtbetrag von 1677 RM für die Arbeiterschaft bringt.

Bekannt ist die traurige Rolle, die der sozialdemokratische Brauerei- und Mühlenarbeiterverband bei der Bewegung spielte. Ohne Mitglieder zu haben, schloß derselbe hinterwärts mit der Millionärfirma einen sehr schlechten Vertrag ab, um damit der Firma zu beweisen, daß er im Falle eines evtl. Streiks bereit sei, Streikbrecher zur Verfügung zu stellen. Auf ihm lastet die Verantwortung, wenn die traurige Lage der Arbeiter nicht verbessert werden konnte.

Friedrichsfeld (Wdn.) Bei der Deutschen Steingewandfabrik waren die Arbeiter schon seit Jahren mit den bestehenden Verhältnissen unzufrieden.

Die Arbeiter wünschten vor allem die Neuregelung und Erhöhung der Akkord- und Tagelöhne u. a. m. Die Direktion lehnte jede Verhandlung ab. So war der Streik unausbleiblich. Nach achtwöchentlich langer Dauer mußte derselbe abgebrochen werden. Ausschlaggebend bei der Aufhebung des Streiks war die bedenkliche Anzahl von Streikbrechern, die der sozialdemokratische Arbeiter-Verband stellte.

Diese Schulbeispiele sozialdemokratischen Streikbruchs könnten beliebig fortgesetzt werden, doch wollen wir es bei diesen bewenden lassen, da die Beispiele deutlich genug sprechen.

Mancher wird sich nun fragen, wie war es möglich, daß sich die Gewerkschaften trotzdem durchsetzen und zur Hauptstütze der arbeitervertreterischen Sozialdemokratie werden konnten. Das liegt einmal daran, daß es die Agitatoren dieser Gewerkschaftsrichtung äußerst geschickt verstanden, mit lauter Stimme „Kampf dem Kapitalismus“, „Sozialisierung der Betriebe“ zu schreien, und mit der verlogenen Klassenkampfpatrie den gutgläubigen Arbeiter aufhetzten. Andererseits aber schreckten sie vor dem rückwärtslosten Terror Andersdenkenden gegenüber nicht zurück.

Wie weit der Hand- und Kopfarbeiter heute im guten Glauben an diese verlogenen Parolen gekommen ist, hat heute jeder an seinem eigenen Lohn und Gehalt

verspüren müssen. Haben wir doch die Tatsache zu verzeichnen, daß einerseits der Arbeiter und Angestellte mit einem Schwund von noch Hause geben muß, Kurzarbeit bekommen hat, andererseits jedoch so mancher rote Bonze oder rote Minister a. D. von der Not des Volkes nichts verspürt.

In Baden ist bei einer Regierungsbildung der marxistische Minister Adam Kemmle gegangen. Wie nun der Minister a. D. Kemmle als Verfechter der Parole „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ diese in die Tatsetze umsetzt, mag aus folgender Aufstellung ersichtlich sein.

Minister a. D. Kemmle bezieht, laut Auskunft des Finanzministeriums, folgende neue Arbeitslosenunterstützung:

Pension, monat. Brutto	907.— RM
davon ab Gehaltskürzung	160.29
davon ab veranlagte Steuer	2.85
davon ab Lohnsteuer	55.80
Netto monatlich	778.06 RM

Nun ist aber Herr Kemmle noch Reichstagsabgeordneter, welches schwierige Amt ihm auch nochmals etwa 600.— RM monatlich einbringt. Damit nun die übrige Zeit noch ausgefüllt ist, machte man ihn noch zum Verlagsdirektor der roten hiesigen „Volksstimme“. Wir hoffen, daß Herr Kemmle im Interesse des notleidenden Proletariats unentgeltlich arbeitet. Warum läßt er den Posten nicht aber einem hungernden Arbeitslosen?

Dieses Beispiel der Verwirklichung sozialdemokratischer Parolen dürfte für sich sprechen, aber auch so manchem Arbeiter und Angestellten die Augen öffnen.

Nun noch ein Wort zum Terror. Ein alter Satz lautet: „Blut ist nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein.“ Danach haben die menschenfreundlichen Sozialdemokraten stets gehandelt. War in irgendeinem Betrieb oder einer sonstigen Arbeitsstätte ein Arbeiter, der sich erlaubte, eine andere politische Meinung zu haben, oder anders als „frei“ organisiert zu sein, prompt setzte auch der Terror ein. Diese Freiheitsbrüder schreckten schon in der Vorkriegszeit nicht davor zurück, wenn alles nichts half, um den Andersdenkenden zu bekehren, rohe, brutale Gewalt anzuwenden.

Verschiedene Gerichtsurteile mögen auch in dieser Frage beweisen, wie die Freiheit in der Praxis aussah. So wurden verurteilt:

Am Februar 1903 von der Strafkammer Bochum der sozialdemokratisch organisierte Arbeiter Battenfeld zu zwei Jahren und einem Monat Gefängnis. Derselbe hatte seinen Schlafkollegen Neumann, der sich weigerte, der sozialdemokratischen Gewerkschaft beizutreten, erst durch das Fenster geworfen und dann so mit dem Messer bearbeitet, daß derselbe acht Wochen krank darniederlag. (Daugen. Nr. 9, 1903.)

Die Oldenburger Strafkammer verurteilte am Samstag, den 28. Juli, sechs sozialdemokratische Arbeiter, welche gemeinschaftlich zu Delmenhorst den Arbeiter Flügge, weil dieser nicht der Organisation beitreten wollte, unheimlich mißhandelt hatten, zu Gefängnisstrafen von einem Jahre bis zu dreieinhalb Jahren. Der mißhandelte Arbeiter Flügge ist an den erhaltenen Verletzungen gestorben. (N. W. Tagbl. Nr. 170, 1907.)

Diese Urteile beweisen, daß von einer „freiheitlich“ genannten Bewegung nicht gesprochen werden kann. Die Sozialdemokratie war das noch nicht und ist es heute noch nicht. Der Terror ist ein kein Haar besser geworden. Die Genossen vom roten Metallarbeiterverband versuchten es in einem Betriebe in Durlach, im Jahre der Notverordnungen 1931, unter Anwendung des Streiks, einen nationalsozialistischen Betriebsratskandidaten brotlos zu machen.

Bonze Kaufs von der Verwaltungsstelle Karlsruher versuchte ebenfalls, einen in seinem eigenen Verbandsorganisierten Arbeiter um seine Arbeitsstelle zu bringen. In beiden Fällen gelang diese Brüderlichkeitsprosa vorbei.

Darum, Hand- und Kopfarbeiter, erwacht! Erkennt den Volksbeitrag der roten Notverordnungsbonzen. Laßt euch nicht mehr betören, denn um der Reichstagsfeier willen haben auch diese Panzerplattenhelden an das Kabinett Brüning ausgeliefert.

Kauft euch auf! Kämpft mit uns in der Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation für ein anderes Arbeiterforum, für Freiheit, Arbeit und Brot!

Fritz Glöttner, Karlsruhe.

Keine Arbeitsstelle ohne Nazizelle!

Lebenshaltung des deutschen Volkes ist bereits so gedrückt, daß alles versucht werden muß, hier eine weitere Einschränkung zu vermeiden. Dieser Versuch muß um so mehr gemacht werden, als

die deutsche Wirtschaft so in Wirklichkeit nicht an den „hohen Löhnen“ zugrunde geht, sondern an ganz anderen Kosten, die zuerst einmal beseitigt werden müssen,

wenn ein Wiederaufstieg überhaupt möglich sein soll. Es ist möglich und notwendig, die Wirtschaft aus den Fesseln eines falschen Währungssystems und Steuersystems zu befreien. Es ist möglich und notwendig, durch geeignete wirtschaftspolitische Maßnahmen die Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

Das heutige System glaubt offenbar, daß eine Senkung der Arbeitslöhne die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt wieder konkurrenzfähig machen könne. Aber es ist ganz unabweisbar, die Lebenshaltung des deutschen Volkes so weit

Paroleausgabe

Groß-Mannheim

Sektion Käferal

Am Samstag, den 10. Oktober, abends 8.30 Uhr, spricht im „Schwarzen Adler“ Ortsgruppenleiter Wegel über das Thema: „Was will der Nationalsozialismus“.
Eintritt 20 Pfg. Erwerbslose 10 Pfg.

Achtung! S.A.R.

Montag, den 12. Oktober, abends 8.30 Uhr, findet in der Lesehalle (P 5, 13a) die Einteilung der S.A.R. statt. Die noch fehlenden Lichtbilder sind mitzubringen.
gez. Grub Stuf.

Achtung!

Am Montag, den 12. Oktober, abends 8 Uhr, findet auf der Geschäftsstelle eine Besprechung statt. Es haben zu erscheinen: Sturmabteilungsführer, Sturmführer, S.S.-Führer, S.A.R.-Führer, S.A.-Führer und Führerinnen des Frauenordens.
gez. Wegel, Ortsgruppenleiter.

Deutscher Frauenorden

Der Sanitäts-Kursus beginnt Dienstag, den 13. Oktober, abends 8 Uhr, in der Lesehalle P 5, 13a. — Es können alle Ordensschwestern und Jungmädels daran teilnehmen.
Die Leiterin.

Wir laden alle Kinder unserer Parteigenossen zu einem Märchennachmittag am Sonntag, den 11. Oktober, nachmittags 3 Uhr, ein.
Die Leiterin der Jungmädelsgruppe.

Achtung!

Für die Einrichtung eines S.A.-Heimes werden folgende Gegenstände gesucht: ein Schrank, Tische, Stühle, ein Spiegel, Waschbecken und Vorhänge.
Adressenmitteilung an die Geschäftsstelle P 5, 13a.

Mannheim Bezirk:

Ortsgruppe Ladenburg

Samstag, den 10. Oktober, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung in der „Kofe“. Es spricht Pg. Stadtrat Pfäumer aus Heidelberg.

Bezirksführertagung

Am Sonntag, den 18. Oktober, findet in der Lesehalle (P 5, 13a) vorm. 10 Uhr eine Tagung der Führer des Bezirks Mannheim statt. Es haben zu erscheinen: Sämtliche Ortsgruppenführer bzw. deren Stellvertreter, Kassen- und Pressewart.
gez. Wegel, Bezirksleiter.

Kampf dem Marxismus

Ein neuer Parteitilm „Kampf dem Marxismus“. Die allgemeine Lichtbildstelle der deutschen Nationalsozialisten hat einen neuen interessanten Parteitilm herausgebracht. Dieser Parteitilm betitelt sich „Kampf dem Marxismus“. Als Grundlage für die Herstellung des Filmes diente die wertvolle Broschüre „Kampf dem Marxismus“. Der Verfasser dieser kleinen schneidigen Kampfschrift gegen die Irrlehre der Sozialdemokraten ist Pg. Dietrich Klages. Pg. Klages wurde in den letztvergangenen Tagen in Braunschweig zum Minister ernannt. Das Filmband ist von der allgemeinen Lichtbildstelle der deutschen Nationalsozialisten, von Pg. Leo Wenzel in Bodendach a. G., für den Preis von Mk 15.— oder Rc 120.— samt Vortragssteg und den dazugehörigen Broschüren von Pg. Dietrich Klages käuflich zu erwerben.

Schriesheim

Samstag, den 10. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, findet in der „Kofe“ die

Generalmittgliederversammlung

statt. Alle Pg. und Mitglieder der Unterorganisation sind zur Stelle. Verzicht über den Sauparteitag.
Die Ortsgruppenleitung.

Schweizingen

Freitag, den 16. Oktober, abends 8 Uhr, findet im Saal des „Schwanen“ eine Mitgliederversammlung statt. Die Mitglieder der Sektionen Brühl und der Ogru. Plankstadt und Pfersheim sind eingeladen.

Parteigenossen und Freunde unserer Bewegung!

Auf Wunsch unseres Führers Adolf Hitler sollen in allen Städten Notküchen errichtet werden.
Die Mannheimer Notküche wird am 15. Oktober eröffnet. Von unseren Pg. auf dem Lande sind uns bereits Lebensmittel in größeren Mengen zur Verfügung gestellt worden. Für den Betrieb der Küche benötigen wir noch folgende Gegenstände:
1 Kessel (50—100 Liter), Küchen-Kochgeschirr
1 Küchenschub, Tische, Stühle, Bänke und sonstiges geräte.
Wer uns etwas zur Verfügung stellen kann, wolle der Frau Dr. Roth, Bismarckplatz 17, Telefon 41 972, umgehend Mitteilung machen.
Wegel, Ogru.-Leiter Frau Dr. Roth, Führerin d. Ogru.

S.A.-Treffen Braunschweig 17. und 18. Oktober

Am 17. und 18. Oktober findet in Braunschweig ein S.A.-Treffen mit Standardenmelde und Standardenerziehung statt. Zu diesem Tage erscheinen Abordnungen der S.A. aus dem ganzen deutschen Reich, um 24 neu zu verleihende Standarden entgegenzunehmen. Mit dem S.A.-Treffen ist eine N. S. A. R. - Fahrt nach Braunschweig verbunden.
Organisator dieses S.A.-Treffens ist Gruppenführer Luze (M. d. R.), Hannover. Alle Anordnungen, die mit dieser Veranstaltung zu tun haben, gehen nur von Herrn Ortsgruppenführer Luze (M. d. R.) aus. Nachrichten, die aus anderer Quelle stammen (es wurde fälschlich von einem Reichsparteitag berichtet), sind unzutreffend.

Bekanntmachung

Trotz der vom „Blk. Beobachter“ und den übrigen Parteiblättern laufend gemeldeten großen Blatpater sind immer noch zahlreiche Parteimitglieder der Hilfskasse nicht gemeldet. Erneut sei daher eindringlich auf die Anordnung des Führers, nach der jedes Parteimitglied der Hilfskasse gemeldet sein und laufend seinen Beitrag zur Hilfskasse bezahlen muß, hingewiesen. Die Hilfskasse kann, wie in ihren Richtlinien, die bei allen Ortsgruppenleitern und S.A.-Führern vorliegen müssen, ausgeführt, Unterstützung selbstverständlich nur den Parteimitgliedern gewähren, die selbst schon vor ihrer Verlegung durch Zahlung der Beiträge zur Hilfskasse die Unterstützung an die Verlegten ermöglichen halfen. Die von den Mitgliedern an die Ortsgruppenleitungen abzuliefernden Beiträge müssen bis zum 22. jeden Monats in München vorliegen; die Beiträge für November also bis 22. 10. 1931. Auch alle der Partei neu beitretenden Personen sollen unverzüglich nach Unterzeichnung ihrer Beitritts-erklärung der Hilfskasse gemeldet bzw. nachgemeldet werden.
München, den 5. Oktober 1931.
gez. Bormann.

Studentenbund

Die Parole des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes für das Wintersemester 1931:

Kampf dem Marxismus!

Jeder NS-Student geminnt einen marxistischen Arbeiter für die nationalsozialistische Bewegung. Bis 15. Dezember 1931: „8 Tausend neue Arbeitskameraden für die braune Armee!“
Baldur von Schirach.

Auslandsabteilung

Sämtliche im Ausland befindlichen Parteigenossen, die bislang mit dem Leiter der Auslandsabteilung, Dr. Hans Nieland, Hamburg 24, Lesingstraße 6, sich nicht in Verbindung gesetzt haben, werden gebeten, dieses unverzüglich zu tun.

Das deutsche Buch!

Sechs Kapitel über Christentum und Nationalsozialismus. Von Wilhelm Stapel. Heft 1.— Der Streit, ob sich das Christentum mit der nationalsozialistischen Weltanschauung vereinigen läßt, ist von hoher Aktualität. Sowohl die katholische wie die evangelische Kirche beschäftigen sich mit dieser Frage. Wilhelm Stapel, der Herausgeber des „Deutschen Volkstums“, stellt die Frage so: Gibt es in der Weltanschauung des Nationalsozialismus Dinge, die einer Verkündung des Christentums Hemmnisse bereiten könnten? Er geht von einem streng dogmatischen Christentum moderner Art aus und untersucht, ob in der Reformfrage (Beurteilung des Alten Testaments, Volkszugehörigkeit Jesu), im Nationalsozialismus (das Problem des Pazifismus), im antimarxistischen Sozialismus („Brechung der Klassenknechtschaft“) Anstöße für den Christen liegen. Stapel kommt zu dem Ergebnis, daß in allen drei Punkten Christentum und Nationalsozialismus zusammenbestehen können. Nur in einem könne die Kirche nicht nachgeben, sie muß den Primat Gottes vor der irdischen Nation behaupten und kann die Nation nicht als absoluten Wert anerkennen. Die sechs Kapitel sind knapp und mit logisch scharfer Beweisführung geschrieben. Der Verfasser umgeht nirgends die Schwierigkeiten, sondern erfaßt jedesmal den Punkt, auf den es ankommt. Darum führt er uns nicht zu einem unklaren Kompromiß, sondern zu einer religiösen und politischen Entscheidung.
„Die Deutsche Zukunft“, Organ der nationalsozialistischen Jugend. Heft 5. Preis 40 Pfg. Verlag „Die Deutsche Zukunft“, München 13, Schellingstraße 29. —
Das Oktoberheft geht heraus als erstes Sozialismus-Heft, dem im nächsten Monat ein zweites folgen soll. In den Ausgaben dieses Heftes zeigen Versuche aus der jungen nationalsozialistischen Bewegung, in der die sozialistische Überzeugung lebt und atmet, den Sozialismus in seiner Stellung zu den verschiedensten Gebieten des Lebens. — Das Heft gehört in die Hände jedes jungen Deutschen, jedes Deutschen überhaupt, der irgendeine Stellung nehmen will zu der Frage des Sozialismus. Und keiner kommt daran vorbei, der ehrlich seinem Volk dienen will, weil diese Frage eine Lebensfrage des deutschen Volkes ist.

Theater

Im Nationaltheater:

Samstag, 10. Oktober: Miete B 5, Sondermiete B 1 (mittlere Preise): Zum ersten Male: „Das Spielzeug Ihrer Majestät“, Operette von Josef Königsberger. Anfang 20 Uhr.
Sonntag, 11. Oktober: Miete C 5, Sondermiete C 1 (hohe Preise): „Don Giovanni“, Oper von Mozart. Anfang 19 Uhr.
Montag, 12. Oktober: Miete A 5, Sondermiete A 1 (kleine Preise): „Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung“, Lustspiel von Chr. Dietrich Grabbe. Anfang 20 Uhr.
Kammerspiele im Unterraum:
Samstag, 10. Oktober: „Intimitäten“, Komödie von Noel Coward. Anfang 23,10 Uhr.

Herausgeber und Verleger: Karl Lenz, M. d. R., Heidelberg. Hauptgeschäftsführer: Dr. W. Kattermann. Verantwortlich für Innen- und Außenpolitik, Badische und Wirtschaftspolitik: Dr. W. Kattermann; für „Die engere Heimat“, „Abnebene und Bergstraße“, „Belagen und Paroleausgabe“: Frh. Haas; für Anzeigen: Kurt Ott; sämtliche in Mannheim. Zahlungs-, Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Mannheim. Postfachkonto: 6775 Ludwigshafen. Buchdruckerei Schmalz & Laßinger, Mannheim.

Parteigenossen, die sich in Deutschland aufhalten und denen Anschriften im Ausland bekannt sind, werden gebeten, dieselben dem Leiter der Auslandsabteilung aufzugeben.

Bekanntmachung

Zwecks Vereinfachung und Beschleunigung sind in Zukunft alle Unfälle nicht mehr vom Verletzten oder seinem S.A.- bzw. S.S.-Führer direkt, sondern über die zuständige Ortsgruppenleitung der Hilfskasse zu melden. Die Leitungen der Ortsgruppen, in denen sich häufiger Unfälle ereignen, haben die vorgefertigten roten Schadenanzeige-Formulare vorrätig. Soweit dies noch nicht der Fall ist, sind diese Formulare sofort von den Ortsgruppenleitungen direkt bei der Hilfskasse anzufordern.
München, den 5. Oktober 1931.
gez. Bormann.

Nationalsozialisten! Haltet Disziplin — Kauft nur bei unseren Inserenten!

WEINHAUS
Luftschiff

U 2,1a
Tel. 20110

Neueröffnung
Samstag, den 10. Oktober 1931

RITTER-WÜHLER



Zur Laubsäge- und Bastel-Arbeit
alle Hölzer, Werkzeuge, Vorlagen etc.

Nürnberg Spielwarenhaus
W. HOFMANN
D 1, 4

Soyez
Optik Photo
Mannheim
R 3, 1 / Mittelstr. 36
O 4, 13

Lieferant sämtl. Krantokassen, Jodes Armbänder, Uhrglas 50 Pfg. 204

An- und Verkaufshaus
Günther
Q 5, 16

kauft und verkauft Möbel sowie Gegenstände aller Art. 222

WAIBEL
Qu 5, 14/15

kauft und verkauft Möbel, Pfandkassette sowie Gegenstände aller Art. 341

Hitler-Jugend e.V., Gefolgschaft Mannheim I

Samstag, den 17. Oktober, abends 8 Uhr, in den oberen Ballhausäulen (schloß linker Mägel)

Werbeabend

AUS DER VORTRAGS-FOLGE:
Sprechchor: Wir Jungen / Leb. Bilder: Unsere Jugend
Theaterstück: **Deutschland erwache!**
Schauspiel in drei Akten von Herm. Streiter
Regie: Fritz Oestreicher. / Darsteller: Die Braunschweiger-Theaterspieler der Hitler-Jugend.

Eintrittspreis 30 Pfennig
Karten sind auf der Geschäftsstelle P 5, 13a erhältlich
gez. Koller, Gefolgschaftsführer

Aus dem Bezirk

Herren-Friseur-Salon
Theater-Friseur
Georg Beutel · Weinheim
am Rosengarten

UMZÜGE mit gedecktem Auto
Nah- und Ferntransporte gewissenhaft u. billig
Tel. 267 76 203 **KUNZ, J 6, 8**

Restaurant z. Rheinfels
T 2, 17/18
Gutbürgerl. Küche / Eig. Hauswirtschaft
Vorzügliche Biere und Weine 192

Dauerwallen 272
Wasserwallen
konkurrenzlos billig
Damen- u. Herrensalon
Frank, R 4, 18
Kauft nicht bei Juden

Achtung!
Extra billiger Verkauf von Qualitäts-Schuhwaren aller Art
SCHUHHAUS L 2, 5

Total-Ausverkauf
Hüte
Mützen
Schirme
spottbillig
HEISEL H 1, 7
Breitestraße

Groß-Mannheim

Im Zeichen des Zweimonatsplanes

Wir steigen trotz Haß und Verbot...

Selt sechs Wochen überflutet den Bezirk Groß-Mannheim eine Versammlungswelle, wie sie seit Jahren nicht dagewesen war. Unser Zweimonatsplan beherrscht das politische Leben und die Massen strömen in unsere Sektionsversammlungen. Mittlerweile trömen wir an einem Abend in sechs Sektionsversammlungen für die Idee des Nationalsozialismus. Fast täglich haben unsere wackeren SA- und SS-Kameraden Dienst. Der Sturmabteilführer 1/4, unser bewährter Pj. Feil, führt musterhaft den Saalschutz für die angekündigten Versammlungen durch.

Unerwartet suchten die Moskauer ihre Absichten, unsere Versammlungen zu sprengen, aufzugeben und als geduldige Lämmer zuzuhören, wobei manchem Kommunisten die Augen geöffnet wurden. Fast in allen Versammlungen sprechen Kommunisten in der Diskussion. Über ihre eigenen mitgebrachten Genossen sind von den lächerlichen Einwänden und den sattem bekannten Phrasen nicht entzündet und unseren Rednern war es in allen Versammlungen ein Leichtes, den verzapften Unsinn zu widerlegen.

Die Versammlungen der letzten Wochen in den verschiedenen Sektionen wiesen einen überaus starken Besuch auf. Gegenüber den großen Versammlungen, die fast immer in den gleichen Sälen durchgeführt werden, haben die kleinen Versammlungen den Vorzug, daß

Volksgenossen zu uns stoßen, die bisher den Weg nicht gefunden haben, da sie eine allgemein gehaltene Massenversammlung nicht interessieren.

Einen überaus starken Besuch wies eine Versammlung der vergangenen Woche auf, die im Saalbau abgehalten wurde. Vor über 3-400 Beamten, Lehrern usw. sprach Pj. Zollinspektor Nees-Frankfurt über das Spezialthema: "Beamten und Nationalsozialismus". Der starke Beifall und die Begeisterung der Versammlung ließ den Schluss zu, daß wir unter den Beamten in Mannheim Dresche geschlagen, und auch sie erkannt haben, daß ihr Platz nur bei den Nationalsozialisten sein kann.

Am gleichen Abend hatte der Deutsche Frauenorden eine öffentliche Versammlung, in der Pj. Dr. Roth über das Thema: "Die Frau als Nationalsozialistin" in tiefgründigen Ausführungen die Besucher fesselte. Vergangenen Freitag wurden wiederum mehrere Versammlungen an einem Abend durchgeführt. In Sandhofen sprach P. Wegel in einer sehr stark besuchten Versammlung, zu der über 100 Kommunisten erschienen waren. Die Absicht der Moskauer war deutlich zu erkennen, bevor die Mannheimer SA zur Stelle war. Unser Sturmabteilführer Feil sorgte dafür, daß die Kommunisten sich ruhig verhielten und ihr terroristisches Vorhaben nicht gelingen konnte. Pj. Wegel war es ein Leichtes, dem kommunistischen Diskussionsredner die richtige Antwort zu erteilen.

Auf dem Lindenhof

In der "Harmonie" sprach wiederum Pj. Dr. Roth über das interessante Thema: "Irwege des Zentrums und Niedergang des Marxismus". Mit scharfen Worten geißelte er die Zentrumspolitik und den Scherens-Separatismus, während er der SPD, die heuchlerische Maske vom Gesicht riß. Bei den

Braueren im "Feldschlößchen" klärte Pj. Cerff-Helidelberg die zahlreich erschienenen Volksgenossen auf und erntete für seine Worte starken Beifall.

So löst eine Versammlung die andere ab. Nur wenige haben wir herausgegriffen. Haben wir in der einen Versammlung viele Parteigenossen gewonnen, so haben wir in der anderen Versammlung weniger Mitglieder gewonnen, aber mit Gewißheit feststellen können,

Paradepferd "Pfarrer" Ebert

Die „evangelischen Kommunisten“

Nie wäre es der Mannheimer SPD, gelungen, den Ribbelungsfall so zu füllen, wie es am Mittwochabend der Fall war. Doch das Sensationelle, daß ein evangelischer Geistlicher, der sich immer noch im Amte befindet, Mitglied der Kommunisten wird, ist kein alltägliches Ereignis. Der "Fall Ebert" ist typisch für den Zerfall der SPD. Nicht nur in Berlin, sondern auch in Mannheim. Seit Monaten schon hat man sich in den Haaren, sogar auf der Redaktion der "Volksstimme" streitet man sich herum, daß man es auf der Straße vornehmen konnte, wenn man in R 3, 14 vorüber ging. Es handelt sich aber in Mannheim nicht nur um Pfarrer Ebert, sondern noch um viele, die die Verlogenheit und die Vongenderrschafft in der SPD, satt haben. Ein Mitglied des Vorstandes, Faulhaber, der noch vor wenigen Tagen eine Kammere-Versammlung auf dem Waldhof leitete, hat man ebenfalls ausgeschlossen. Sogar ein Reichsbannerführer schimpfte in der Versammlung über die verdonzte SPD, und erklärte feierlich seinen Eintritt in die kommunistische Front.

Vor Wochen noch reiste Pfarrer Ebert im Auftrag der Sozialdemokraten im Lande herum, um in geschäftiger und gemeinster Form gegen den Nationalsozialismus loszutreten. Jetzt tut er daselbst über die Partei, der er zwanzig Jahre angehört. Für uns war interessant, was er über seine einst so geliebte Partei zu sagen mochte. Wir glauben bestimmt, daß es wahr ist, wenn er sagte:

"Ich wollte keinen Posten in der SPD, denn die sind alle schon besetzt"

Noch amüsanter äußerte er sich über die "Volksstimme", die ihn vor wenigen Wochen noch in den Himmel hob und heute mit Dreck und ungeschlichen Angriffen lächerlich machen will, wenn er behauptete

die "Volksstimme" in Mannheim hat überhaupt keine eigene Meinung, die wird in Berlin gemacht."

Genosse Ebert muß es ja aus seiner zwanzigjährigen Praxis bei dieser Partei wissen!

Kaum eine Stunde lang dauerte seine Bekenntnisrede zur SPD. Geradezu lächerlich wirkte es, als die "roten Faustkämpfer" die Internationale anstimmten, als Ebert zum

viele irreführten Menschen die Augen geöffnet zu haben.

Sind die Gegner gekommen, um zu hören, haben sie erfahren müssen, daß das einmal möglich war, aber heute vorbei ist. Die Wut der Gegner in Mannheim ist groß. Aber alle Versuche, unseren Vormarsch aufzuhalten, zerschellen an der Geschlossenheit unserer Front. Wir werden kämpfen bis auch die Industriestadt Mannheim unter ist. Nichts kann uns aufhalten. Mögen die Schreiberlinge in den Rotationsmagazinen noch so viel Schmutz auf uns werfen, so beweist ihre gemeine Hege einzig die Richtigkeit unseres Kampfes.

Der Kampf geht weiter. Versammlung auf Versammlung folgt. Mannheim muß nationalsozialistisch werden. Das ist unser fester Wille!

Kämpfe jeder an seiner Stelle. Am Schraubstock, im Büro, wo es gerade ist. Dann werden wir auch in Mannheim können:

Schaltet die Hitlerfahnen über allen Straßen, die Knechtschaft dauert nur noch kurze Zeit!

tronje.

Ausdruck brachte, daß er in Berlin beim Zentralkomitee seinen Eintritt vollzogen habe. Die Meinungsverschiedenheiten, die ihn bis heute von den Kommunisten getrennt haben, seien überwunden. All die Gegensätze, Abhängigkeiten von Moskau, Verschiedenheiten in der Weltanschauung, habe er überwunden und er bekenne sich zum "revolutionären Proletariat". Eine Zeitlang wurde er sogar religiös, scheinbar um sich sein Pfarrergehalt nicht zu verzerren, wobei die Kommunisten lange Gesichter machten. Hier merkten die Genossen, daß er doch keiner der Ihrigen ist. Doch der Unsinn in seiner Rede wurde immer deutlicher.

Die Gottlosenpropaganda will er, als Mitglied der SPD, bekämpfen! Von Beruf sei er Pfarrer, hier wäre er revolutionärer Sozialist.

Diese kleine Anekdote aus der Rede des kommunistischen Pfarrers genügt, um zu erkennen, welchen Widerspruch und Unflun sich dieser sog. "Pfarrer" geleistet hat. Doch die evangelische Kirche läßt diesen "Seelsorger" immer noch im Amte. Demnächst geht er nach Rußland.

In das Land, in dem vor wenigen Jahren tausende und aberausende Pfarrer den grausamsten Märtyrertod für ihr Christentum fanden.

Die erste Tat der russischen Revolutionäre war die Ermordung sämtlicher Geistlicher. Heute noch nimmt sich die Tscheka all derer an, die nur den geringsten Anlaß geben, zu vermuten, daß sie Christen seien. Noch heute lassen viele, von der Tscheka grausam ermordet, in Rußland das Leben für das Christentum. Doch das veranlaßt die Kirche nicht, einen Seelsorger, der sich zu den Kommunisten bekennt, davonzujagen.

Laudenbach

Wieder ergebnislose Bürgermeisterwahl

Die dritte Wahl des Bürgermeisters in Laudenbach ist am Montag wiederum ergebnislos verlaufen. Wenn nun Laudenbach einen Bürgermeister verordnet bekommt, so hat es dies der Charakterlosigkeit des Mühlendörflers Adam Eberle zu verdanken, der als Fraktionsmitglied der Bürgerpartei hinter deren Rücken mit den Sozialen paktiert und so die Wahl des Kandidaten Schmitt der Bürgerpartei vereitelte. Wir werden uns mit diesem Kuhhandel des Herrn Eberle in der nächsten Folge des "N.-B." befassen und seine Machenschaften in der Öffentlichkeit beleuchten.

Film

Amorsum. Ein guter Griff der Ufa-Direktion, diesen weltberühmten Clown Nomi nach Mannheim zu engagieren. Nomi kommt aber an seinen berühmten Vorgänger Grock nicht ganz heran. Doch ist er heute der beste musikalische Clown. Seine Kapelle, als "Goldene Serenaders" in der ganzen Welt bekannt, leistet Hervorragendes. Seine Komik ist nicht gezwungen. Einfach und trocken wirkt er als Originalität. Die "Viktoria-Truppe" eröffnet mit gewaltigen Leistungen das Programm. Nomis Witze folgen Schlag auf Schlag. Das Lachen nimmt kaum ein Ende, ein Beifall ohne Gleichen dankt diesem Künstler. Während der kurzen Pause wechselt das Orchester die Plätze und erscheint auf der Bühne. Nomi tritt mehr in den Hintergrund und überläßt es seinem Ensemble, ihr fabelhaftes Können zu beweisen. Musikalische, akrobatische und tänzerische Darbietungen folgen in bunter Reihe. Eine Pferdebesessener erreicht die Höhepunkt der Darbietungen. Mit der sehr netten Parodie der "Drei Muskettiere" beendet Nomi unter stürmischem Beifall sein Programm. — Im Filmtitel läuft "Die Dame und ihr Friseur". Ein heiterer Ernst Lubitsch-Film ohne tiefere Tendenz. Das Schabed aber nichts, denn das sehr gute Spiel der Darsteller entschädigt dafür vollkommen.

Alhambra: "Der Raub der Mona Lisa". Am 22. August 1911 erfolgte der ungeheueren Auffsehen erregende Raub der Mona Lisa aus dem Pariser Louvre. Das Bild war ein Werk Leonards da Vincis und von ungeheurerem Werte. Um diese Tatfrage läßt nun der Regisseur Geza v. Bolozoy eine Handlung entstehen, die, wenn auch nicht den wahren Sachverhalt wiedergebend, doch außerordentlich fesselnd kann. Das Motiv der Tat ist nicht Gewinnlust, sondern Liebe zu einer Frau. Das unergründliche, ewige Rätseln der Mona Lisa hat es dem Täter angetan und unter abenteuerlichen Umständen gelingt es ihm, die "ewig Lächelnde" nach Italien zu bringen, wo ihn das Schicksal ereilt. Dazu reichhaltiges Beiprogramm.

Kory: "Das Lied der Nationen". Ein vor einiger Zeit veranstalteter Wettbewerb des schönsten Liedes ist diesem Filme zugrunde gelegt. Der Regisseur Rudolf Meinert hat es in geschickter Weise verstanden, die an und für sich einfache Handlung in seiner sehr tief sinnigen Weise auszugestalten. Das Leben zweier im Grunde verschiedener Menschentypen zieht an dem Besucher vorbei. Leichtsinzig aber begabt der eine, schwermütig und von der Last des Lebens bedrückt der andere. Eine Mahnung an die Mitmenschen, weder dem Leichtsinne zu huldigen, noch das Leben zu tragisch zu nehmen. Durch die Naturität Camilla Horas wird dem Film zeitweise eine heitere Note abgemommen. Im Beiprogramm: Der Witz von St. Bartholomäus. Eine Handlung in den Alpen, die durch mannigfaltige Zwischenfälle zu einem glücklichen Ende geführt wird.

Schwetzingener Brief

„Patentspacer“

Der Schwetzingener Bürgerausschuß kam nach längerer Pause vergangene Woche wieder einmal zu einer öffentlichen Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung standen 4 Vorlagen. Die Aufstellung der abgeordneten Gemarkeung „Schwetzingener Hardt“ konnte wohl als wichtigster Punkt der Tagesordnung angesehen werden. Die Stadtgemeinde Schwetzingen erhält 700 Hektar von der Domänenverwaltung zugeteilt und hatte der Bürgerausschuß den Vertrag mit dem Landesfiskus zu genehmigen. Unsere Fraktion brachte durch Pj. Rothacher zum Ausdruck, daß bei uns starke Bedenken gegen den Vertrag beständen, wir aber, um die anderweitige Aufstellung der Bemerkung zu verhüten, der Vorlage nachgedrungen zustimmen würden. Die anderen Parteien stimmten gleichfalls dem Vertrag zu, sodah die Vorlage einstimmige Annahme fand.

Ebenfalls wurde die Verwendung von RM 6500.— als Anteil am Kreisbauamt für die Herrichtung von Kreisstraßen, sowie die Neufestsetzung des Tilgungsdienstes eines Darlehens der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte einstimmig genehmigt.

Zur vierten Vorlage „Entfernung der Schuttbauten über den Treppenanlagen der Bahnunterführung an der Karl Theodorstraße“ hatten wir einen Antrag dahingehend eingebracht, den Vertrag mit der Reichsbahn mit dem Zusatz zu genehmigen, daß die Ausführung der Arbeiten vorläufig auf unbestimmte Zeit zurückgestellt werden soll. Die spätere Ausführung der Arbeiten sollte von der Zustimmung des Bürgerausschusses abhängig gemacht werden. Unser Fraktionsführer Pj. Staber begründete den Antrag damit, daß die Stadtverwaltung in der heutigen Notzeit

keineswegs Mittel in Höhe von RM 3500.— bis 6500.— für die Entfernung von Schuttbauten im Stadtbild ausgeben könne.

Es wäre vor allen Dingen notwendig, Mittel einzusparen, um im Winter die Fürsorge für die Wahrsahrtserwerbslosen durchführen zu können. Auf die Frage an den Bürgermeister, ob er glaube, genügend Mittel für diese Zwecke zu haben, erklärte derselbe, daß wenn Reich und Land die Gemeinden weiterhin belasten würden, diese Frage offen bleiben müsse. Unser Zusatzantrag wurde abgelehnt und der ursprüngliche Antrag von allen übrigen Fraktionen gegen unsere Stimmen angenommen.

Es steht also fest, daß die Gemeinde Gelder für Arbeiten verwendet, deren Notwendigkeit wir mit dem besten Willen nicht erkennen können. Wie sehen sogar beim Wegfall der

Schuttbauten eine wesentlich gesteigerte Unfallgefahr und im Winter wird mancher Fußgänger, es sind nicht wenige, die die Treppe begehen müssen, nach den Schuttbauten Verlangen haben, wenn er es eilig zur Bahn hat und doppelte Vorsicht beim Begehen der Treppe walten lassen muß. Vom städtebaulichen Standpunkt aus bedeutet das Kleinschmid'sche Brauereikamin eine viel größere Störung des Stadtbildes, wie die beiden Aufbauten. Man hätte erwarten können, daß in der heutigen Notzeit Ausgaben für diese Zwecke unterbleiben würden. Beim Abstimmungsergebnis ist interessant, daß die bürgerliche Vereinigung, genannt Bürgerdrei, ein Konkordat von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen, die doch sonst immer für das Sparen eintritt, ohne weiteres der Vorlage zustimmte. Von der SPD, und dem zentrumlichen Beitgenossen ist man es ja nicht anders gewöhnt, daß jeder Geldausgabe restlos zugestimmt wird. Nur so weiter, Ihr Herrschaften, dann wird bald wieder eine Bürgerausschusssitzung fällig sein, in der über die Erhöhung und Neueinführung von Steuern Beschluß gefaßt werden soll!

Vorwärts in Ostersheim

Am Donnerstag sprach in einer im "Ochsen" einberufenen Versammlung Pj. Max Nagel aus Blankenloch über "Die Einkreuzung Deutschlands".

Der Redner verstand es ausgezeichnet, die erschienenen Zuhörer mit seinem Vortrage zu fesseln. Glänzend schilderte Pj. Nagel in seiner 1 1/4 stündigen Rede, wie Deutschland nicht nur infolge seiner 13jährigen Außenpolitik von unseren Feinden vollkommen eingekreuzt sei, sondern auch, wie innenpolitisch infolge der Schwarz-roten Verbrüderungstheorie von einer Einkreuzung und Vernichtung des Bürgertums gesprochen werden könne. Nur die Abkehr von den Erfüllungsparteien und restlose Hingabe zum Nationalsozialismus könnte wieder ein starkes, souveränes, neues Deutschland bringen.

Starker Beifall lohnte den Redner für seine interessanten Ausführungen. Zur Diskussion hatte sich nur Herr Ernst aus Schwetzingen, dem vaterländischen Verband angehörend, gemeldet und unterstrich einzelne Punkte der Rede unseres Pj. Nagel und forderte zum Schluß zum Eintritt und zur Unterstützung der NSDAP, auf. Mit dem Horst Wessel-Lied wurde die Versammlung geschlossen und wir haben durch diesen Abend wieder viele neue Freunde für unsere Sache gewonnen.

h!
sozialismus.
er Streit, ob
Beltenschauung
die katolische
dieser Frage.
Volktums",
des National-
Christentums
streng dogma-
tisch, ob in der
Biltszugehörig-
des Paj-
pel kommt zu
sistentum und
nur in einem
rimat Gottes
Nation nicht
sind knapp
n. Der Ver-
erfaßt jedes
t er uns nicht
reilgösen und
sozialistischen
die Zukunft",
alismus-Hekt
In den Auf-
national-
Ueberzeugung
llung zu den
gehört in die
berhaupt, der
Sozialismus.
Volk dienen
m Volkes ist.
e B 1 (mitt-
erer Majestä",
e E 1 (hohe
sang 19 Uhr.
e B 1 (kleine
utung", Lust-
le von Noel
Helidelberg,
ntwortlich für
schaftspolitik:
Abneidens
Frl. Haas;
nheim.
heim.
halten und
roen gebeten,
zugeben.
d in Zukunft
a SA. bezw.
Ortsgruppen-
Ortsgruppen,
die vorge-
itig. Soweit
ofort von den
fordern.
ormann.
heim I
8 Uhr,
iker Plagel
Jugend
che I
Streiter
Die Braun-
erhältlich
stafsführer
verkauf
hirmo
H 1, 7
BreitstraÙe

